

FIR fordert Solidarität mit Flüchtlingen:

Fluchtgründe beseitigen, Menschen schützen!

Angesichts der skandalösen Vorfälle in verschiedenen europäischen Ländern im Umgang mit Flüchtlingen ist die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) in großer Sorge. Wir erinnern daran, dass nur wenige Menschen freiwillig ihre Heimat verlassen. Die insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten – auch durch die Politik der Staaten der Europäischen Union – eskalierten Konflikte zwingen jedoch immer mehr Menschen aus diesen Regionen, ihr Land zu verlassen und Schutz in anderen Teilen der Welt zu suchen.

Vor diesem Hintergrund können wir es in keiner Weise akzeptieren, dass die Europäische Union – trotz gegenteiliger Erklärungen – de facto mit allen Mitteln versucht, Menschen, die aus großer Not oder wegen der Bedrohung durch Krieg und Elend aus ihrer Heimat fliehen, an der Überquerung der europäischen Außengrenzen zu hindern. Dabei werden mittlerweile mehrere Tausend im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge billigend in Kauf genommen. Statt das Elend der Flüchtlinge in den Blick zu nehmen, beraten die Regierungschefs nur darüber, wie weitere Flüchtlingsströme und »kriminelle Schleuserbanden« gestoppt werden können.

Der zweite Skandal ist die Ungleichheit der Hilfe für die Flüchtlinge in der Europäischen Union. Wir kritisieren das unmenschliche Verschieben der Menschen zwischen den einzelnen Staaten, wobei die wirtschaftlich schwächsten Länder Griechenland, Italien und Spanien unverhältnismäßig hoch belastet werden, während andere Staaten wie Polen oder die baltischen Staaten sich weigern, Hilfe zu leisten. Auch die Errichtung von Mauern und Grenzzäunen, wie sie die ungarische Orban-Regierung gegenüber Serbien plant, oder die Verschärfung des Durch-

gangs durch den Euro-Tunnel sind keine Lösung dieses Problems.

Der dritte Skandal ist die zunehmend restriktive Haltung verschiedener Politiker und Regierungen, die unter der rechtspopulistischen Losung »Das Boot ist voll« massive Einschränkungen für die soziale Unterstützung der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern vornehmen bzw. fordern.

Verbunden mit dieser inhumanen Haltung der offiziellen Politik erleben wir in verschiedenen europäischen Staaten, aber insbesondere in Deutschland, eine erschreckende Zunahme von rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt, die sich längst nicht mehr nur in Parolen oder Kundgebungen zeigt, sondern bereits zu einer Bedrohung für Menschen aus anderen Ländern geworden ist. Zu nennen sind zahlreiche Brandstiftungen in Häusern, die als Unterkünfte für Flüchtlinge vorgesehen sind sowie gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere Migranten.

Wir, die Mitgliedsverbände der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, können und werden uns nicht mit solchen rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen abfinden. Wir erinnern daran, dass in der Zeit der faschistischen Bedrohung viele tausend Verfolgte nur deshalb

überleben konnten, da sie in anderen Ländern Aufnahme und Asyl fanden. Bis heute hält die Völkergemeinschaft es denjenigen Staaten, wie z. B. der damals neutralen Schweiz, vor, wenn sie – im Wissen um die Bedrohungssituation – Verfolgte keine Einreise ermöglicht hat. Solche Kritik ist jedoch scheinheilig, wenn dieselben Staaten und Institutionen heute selbst eine Abschottung gegenüber Flüchtlingen betreiben.

Wir fordern von der Europäischen Union

- eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht dazu beiträgt, dass in den nordafrikanischen Staaten oder im Nahen Osten Krieg, Elend und andere Fluchtgründe zunehmen;
- diejenigen Menschen, die aus eben diesen Fluchtgründen nach Europa kommen, ohne Einschränkungen aufzunehmen;
- alle Staaten der Europäischen Union zu gleichen Teilen an der Unterbringung und sozialen Betreuung der Flüchtling zu beteiligen;
- statt Rechtspopulismus Vorschub zu leisten, eine aktive Politik gegen den zunehmenden Rassismus und die Xenophobie zu betreiben.

Europa kann nicht auf der Basis der Abschottung entstehen, sondern muss durch Offenheit und Toleranz geprägt sein.

Europa ist antirassistisch und friedlich – oder es ist kein Europa der Menschen!

<http://fir.at/2015/08/05/solidaritaet-mit-fluechtlingen/>

Rassistische Gewalt gehört in Deutschland 2015 zum Alltag!

Organisiert von Nazi-Kadern, kann sich der Mob tagelang zusammenrotten, um Menschen, die hierher geflohen sind, zu bedrohen. Im Schutz der Nacht werden Häuser angezündet, in die sie einziehen sollen. Es ist die Aufgabe der politisch Verantwortlichen, das zu verhindern!

Seit Pegida sind Hass und Gewaltphantasien überall öffentlich präsent. Die Vertreter und Vertreterinnen der Politik, die sich in den letzten Wochen entsetzt zeigen und proklamieren, es dürfe nicht sein, was seit Monaten täglich passiert, haben es zugelassen. Da werden Hassparolen zu »Sorgen der Menschen«, da werden Versammlungs- und Meinungsfreiheit reklamiert, wo es gegen Menschenwürde geht. Warum werden diese Nazi-Mobilisierungen erlaubt?

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung, Umweltkatastrophen

und den Verwüstungen der globalen Wirtschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt. Die wenigsten von ihnen schaffen es weiter als in ein Nachbarland. Tausende von ihnen ertrinken unterwegs. Die europäische Abschottungspolitik ist verantwortlich für das Elend der Flüchtenden.

Die Antwort der Regierenden auf die humanitäre Katastrophe, die ihre Politik verursacht, lautet, man müsse Schleppern das Handwerk legen. Die Verteidigungsministerin (!) möchte Tunesien bei der Sicherung der Grenzen unterstützen, in Afrika

wird mit Diktatoren verhandelt, wie sie Bürger und Bürgerinnen an der Ausreise hindern sollen. Die Liste angeblich sicherer Herkunftsländer wird immer länger. Die Antwort auf die Katastrophe ist offensichtlich ein entschiedenes »weiter so...«

Ca. 800.000 Flüchtlinge werden bis Ende 2015 hier erwartet – und eines der reichsten Länder der Welt erklärt täglich den Ausnahmezustand: Geflüchtete werden in Containern, Zelten und Turnhallen untergebracht, Landkreise und Gemeinden erklären sich »überfordert vom Ansturm der Flüchtlinge«. So schaffen Politiker das Ressentiment, dessen gewaltvollen Ausdruck sie nun beklagen. »Bekämpfung der Fluchtursachen« bedeutet eine grundsätzliche Änderung der Struktur der Weltwirtschaft und der Politik. Es sind die Auflagen von

IWF und Weltbank, die Menschen in vielen Ländern der Welt ihrer Existenzgrundlagen berauben. Es ist die Politik der Destabilisierung »ungeliebter« Regierungen, die Lieferung von Waffen in Krisengebiete, die Kriege befeuern, es ist die Kooperation mit Diktatoren und Kleptokraten, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse bleiben, wie sie sind. Flucht ist der Ausdruck der Verhältnisse, die deutsche und europäische Politik wesentlich zu verantworten haben.

- Wir fordern eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Abschottung.
- Wir fordern die menschenwürdige Aufnahme der Geflüchteten.
- Wir fordern das Verbot der NPD und aller anderen Nazistrukturen und -umtriebe.

Konferenz über die Nachkommen von NS-Verfolgten in Berlin

»Kinder des Widerstandes« vermittelten ihre Erfahrungen

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e. V. hat im Juni 2015 eine Konferenz zum Thema Nachkommen von NS-Verfolgten veranstaltet. Die Konferenz behandelte drei Themenfelder: soziale Arbeit, psychische Gesundheit/Traumatisierung und gesellschaftliche Teilhabe/Diskriminierung.

Zum letzten Themenfeld sprachen zwei Vertreterinnen der VVN-BdA. Hier ein Auszug aus dem Vortrag von Christa Bröcher und Klara Tuchscherer. Sie berichteten über die Arbeit der Gruppe »Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Aufgabe«:

Es gibt nur noch sehr wenige Zeitzeugen, die weiter in die Schulen, Jugendgruppen oder Vereine gehen können, um dort ihre Erlebnisse, ihre Erfahrungen im Widerstand gegen den Faschismus und auch über den Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit dem Widerstand eindrucksvoll weiterzugeben und mit den Jugendlichen zu diskutieren. Es ist uns klar, dass wir »Geschichten aus zweiter Hand« weitergeben. Weil wir uns aber mit dem Leben unserer Familien intensiv beschäftigt haben, glauben wir, Jugendliche und Erwachsene quasi als Zeitzeugen von Zeitzeugen erreichen zu können. Wir kennen inzwischen viele Verfolgungsgeschichten von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern aus NRW, kennen die Schwierigkeiten, mit denen Nachgeborene zu kämpfen hatten, besonders wenn ihre Eltern nach 1945 wieder politisch aktiv waren.

Die Begegnung mit Menschen – das ist seit dem Beginn unserer Aktivitäten im Herbst 2011 unser Arbeitsschwerpunkt: Da gibt es zuerst die Veranstaltungen in verschiedenen Schulformen mit Jugendlichen ab Jahrgangsstufe 9, also ab 15 Jahren, oder mit Jugendorganisationen.

Einige der Veranstaltungen fanden im Zusammenhang mit der Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« statt, die bei der VVN-BdA ausgeliehen werden kann. Diese Begegnungen und Gespräche mit Jugendlichen liegen uns besonders am Herzen. Wir hoffen, damit einen kleinen Beitrag zur »Immunsierung« gegen neofaschistische und militaristische Einflüsse zu leisten.

Welche Erfahrungen gibt es?

Wir sind positiv überrascht vom Interesse der Schulen an Veranstaltungen mit »Kindern des Widerstandes« und vom großen Interesse der Schüler. Wir werden als Zeugen der Zeitzeugen angenommen, weil wir ja von unseren Eltern und Großeltern berichten, durchaus mit nachvollziehbaren Emotionen.

Bei den Veranstaltungen interessierten die jugendlichen Teilnehmer

und Teilnehmerinnen immer wieder vier Fragenkomplexe:

- Warum, seit wann und wie leisteten Ihre Eltern/Großeltern Widerstand gegen den Faschismus?
- Wie hat sich der Widerstand der Eltern auf Ihr eigenes Leben ausgewirkt, besonders in der Kindheit?
- Hat sich Ihr Alltag von dem Ihrer Freunde unterschieden, wenn Ihre Eltern auch nach 1945 politisch aktiv waren?
- Denken Sie, dass sich der Nationalsozialismus in Deutschland wiederholen kann bzw. Was sagen Sie zu den NSU-Verbrechen?

Besonders gut lief es, wenn uns einige Tage vor der Veranstaltung Fragen der Jugendlichen schriftlich vorlagen.

Die Resonanz der Jugendlichen und ihrer Lehrer/Lehrerinnen ist durchweg positiv. Stellvertretend zitieren wir hier die Lehrerin der Jahrgangsstufe 9 der Gesamtschule in Monheim:

»Das Zusammentreffen ist als ein »lohnenswertes« Erlebnis beschrieben worden, das der Großteil der Schülerinnen und Schüler wiederholen würde. Aufbauend auf den Fragen, die die Schülerschaft zuvor formuliert hat, hat sie Ihre Antworten bezüglich der Art und Weise, wie Ihre Eltern Widerstand geleistet haben und mit welchen Konsequenzen letztendlich zu rechnen/leben gewesen ist, besonders interessiert. Dazu anschließend ist auch das Interesse an Ihrer Person groß gewesen. Die Schülerinnen und Schüler waren an Ihren Kindheits Erzählungen interessiert und hätten hierzu gerne noch mehr gehört.«

Zur Methode: Wir gehen von der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« aus und schlagen von dort den Bogen zur menschenverachtenden Ideologie und Praxis der Faschisten – damals wie heute. Wir haben eine Power Point Präsentation zusammengestellt, um mit Bildern zu illustrieren, was wir zu vermitteln versuchen. Die Erzählungen über die Tätigkeit unserer Eltern bzw. Großeltern bebildern wir ebenfalls.

Da die meisten Jugendlichen sich scheuen, in einer großen Runde Fragen zu stellen, wird anschließend die Möglichkeit gegeben, noch

offene Fragen »anonym« auf einen Zettel zu schreiben und abzugeben. Mit dieser Vorgehensweise gelang es, auch in der großen Runde mit den gesamten Jahrgangsstufen 9 und 10 eines Schulzentrums, etwa 200 Jugendlichen, das Interesse wachzuhalten und auf Fragen eingehen zu können.

Wir planen nun, in Broschüren die einzelnen Zeitzeugen der Zeitzeugen, die »Kinder des Widerstandes«, zu Wort kommen zu lassen. Sie werden über sich und ihre Eltern und Großeltern berichten.

Ulrich Sander, Christa Bröcher und Klara Tuchscherer

Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«

Termine im September/Oktober



Broschüre »Das Potsdamer Abkommen«

Die VVN-BdA hat unter dem Titel »Das Potsdamer Abkommen. Grundlagen für eine friedliche und antifaschistische Nachkriegsentwicklung« eine neue Broschüre herausgegeben. Sie enthält das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 sowie kurze Einschätzungen zu ihrer Bedeutung und ihrem Schicksal, zusammengestellt von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) und Bundessprecher der VVN-BdA. Ergänzt wird die Broschüre durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948. Die Broschüre ist im Shop der VVN-BdA oder im Bundesbüro in der Magdalenenstr. 19, Tel. 030/ 55 57 90 83-2, für 2,00 EUR zu erwerben.



Klaus Trostorff, 12. November 1920 bis 7. August 2015

Guter Kamerad, Genosse, Freund

Am 7. August 2015 starb in Erfurt der ehemalige Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, Klaus Trostorff, im fünfundneunzigsten Lebensjahr.

Weil er Widerstand gegen den deutschen Faschismus geleistet hatte, verhaftete ihn die Gestapo Ende 1943 und wies ihn nach monatelangen Verhören im Gestapo-Gefängnis Breslau in das KZ ein. Dort war er der politische Häftling mit der Nummer 1819. Nachdem er einige Wochen im Block 63 des Kleinen Lagers war, wies ihn die SS strafverschärfend als einzigen deutschen Häftling in das Lager für sowjetische Kriegsgefangene ein. Diese Ausnahmesituation führte zunächst zu Argwohn und großer Distanz. Nachdem seine Zuverlässigkeit überprüft und erprobt war, nahmen ihn die Kameraden in die Gemeinschaft der sowjetischen

Kriegsgefangenen auf. »Ich habe in Buchenwald großartige Kumpel, großartige Freunde, Kameraden kennengelernt – mutig, ehrlich, hilfsbereit... Ich habe ihnen wirklich mein Leben zu verdanken«, sagte er in einem Gespräch.

Klaus Trostorff erlebte den 11. April 1945 als den Tag der Selbstbefreiung der Häftlinge. Gemeinsam mit den 21.000 Überlebenden des KZ leistete er am 19. April 1945 den Schwur von Buchenwald, der ihm Kompass für sein weiteres Leben wurde.

In Erfurt fand der gebürtige Breslauer eine neue Heimat. Als Neulehrer unterrichtete er mehrere Jahre in Erfurt. An der Jenaer Universität

beendete er ein Studium als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler und nach einem Fernstudium erwarb er das juristische Staatsexamen.

In den Jahren 1956 bis 1969 wirkte er in Erfurt als Kommunalpolitiker. Am 1. September 1969 wurde er zum Direktor der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald berufen. Bleibende Verdienste erwarb sich Klaus Trostorff in engem Zusammenwirken mit dem Nestor der Zeitgeschichte der DDR, dem Buchenwaldkameraden Walter Bartel, bei der Schaffung des Buchenwaldarchivs, dem Aufbau der Wissenschaftlichen Abteilung,



Klaus Trostorff unmittelbar nach der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald, April 1945. Foto: Alfred Stüber

bei der Herausgabe der »Buchenwald-Informationen«, der »Buchenwald-Hefte« sowie einer Vielzahl weiterer wissenschaftlich fundierter Publikationen. Die Pädagogische Abteilung konnte sich zu einem wichtigen, anerkannten Bereich entwickeln. Am 31. August 1989 ließ er sich von seiner Funktion abberufen und ging in den Ruhestand. Im Thüringer Landesverband der Ver-

folgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten arbeitete er weiter mit und stand insbesondere jungen Gesprächspartnern stets zur Verfügung, so es sein Gesundheitszustand erlaubte.

Die Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. trauern um Klaus Trostorff, ihren guten Kameraden, Genossen, Freund, dessen Andenken sie in Ehren halten werden. **gh**

FIR: Potsdamer Abkommen ist das rechtliche Gerüst der europäischen Nachkriegsordnung

Zum 70. Jahrestag der Potsdamer Konferenz

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) erinnert an den 70. Jahrestag der Potsdamer Konferenz als Beginn einer neuen Periode des Zusammenlebens der Völker in Europa. Wie auf der Konferenz von Jalta beschlossen, definierten die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition nach der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus die Grundlagen für ein friedliches Nachkriegs-Europa.

In der Potsdamer Konferenz (Ende Juli/Anfang August 1945) formulierten die Unterhändler Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA die Rahmenbedingungen jener europäischen Nachkriegsordnung, die dazu beitragen sollten, dass nie wieder Faschismus und Krieg von deutschem Boden ausgehen können.

Die Ziele waren die Vernichtung des militärischen Potenzials des deutschen Faschismus und Aufbau einer gesellschaftlichen Ordnung auf der Basis von Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entmonopolisierung und Demokratisierung. Dies entsprach auch dem Willen aller antifaschistischen Kräfte, die in ihren Ländern für die Befreiung vom Faschismus gekämpft hatten.

Geregelt wurde die territoriale Neuordnung in Mitteleuropa, insbesondere die Oder-Neiße-Linie

als deutsche Ostgrenze. Festgelegt wurde auch die Umsiedlung von Teilen der Bevölkerung, was revanchistische Kreise insbesondere in Deutschland bis heute als »Vertreibung« denunzieren.

Zum Abschluss der Verhandlungen unterzeichneten der britische Premierminister Attlee sowie der sowjetische Staatschef Stalin und der amerikanische Präsident Truman als Repräsentanten der Siegermächte dieses Dokument. Dieser Vertrag, dem später auch Frankreich beitrug, bildet bis heute das rechtliche Gerüst der europäischen Nachkriegsordnung.

Auch wenn man festhalten muss, dass – mit dem aufkommenden Kalten Krieg – wichtige Aspekte des antifaschistischen Neuanfangs insbesondere in den Westzonen nicht umgesetzt wurden, so bleibt für uns

als internationale antifaschistische Organisation das Potsdamer Abkommen bis heute von herausragender Bedeutung.

Denn es

- kennzeichnet den verbrecherischen Charakter der faschistischen Organisationen und Institutionen, wie er im Nürnberger Prozess auch juristisch nachgewiesen wurde,
- gewährleistet bis heute insbesondere die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze,
- wehrt damit alle revanchistischen Ansprüche insbesondere gegenüber Polen und der Tschechischen Republik ab,
- benennt zudem die Verantwortung der großen Industrie, der Banken und Konzerne im Deutschen Reich für die faschistischen Verbrechen und steht somit quer zu allen Versuchen der geschichtsrevisionistischen Umdeutung,
- definiert die Strukturen einer antifaschistisch-demokratischen Neuordnung in Deutschland,
- ist das Dokument der siegreichen Anti-Hitler-Koalition, die getragen war von den militärischen Einheiten der Armeen und dem

antifaschistischen Befreiungskampf der Völker.

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände verteidigen die Ideen des Potsdamer Abkommens gegen alle Ansätze des Wiedererstarkens von Faschismus und Antikommunismus insbesondere in mittel- und osteuropäischen Staaten und gegen alle Versuche, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu verfälschen, Hitler mit Stalin, Faschismus mit Sozialismus, die faschistischen Mörder und deren Opfer gleichzusetzen. Die Völker Europas, die – mehr als alle anderen – den Preis für den deutschen imperialistisch-faschistischen Krieg bezahlten, dürfen solche Verzerrung der Geschichte durch die Fälschung der geschichtlichen Fakten des Krieges nicht hinnehmen.

Die Erinnerung an das Potsdamer Abkommen ist für Antifaschisten eine Verpflichtung, dem Wiederaufleben von faschistischen Gruppen und Ideologien sowie allen Formen der Verfälschung der Geschichte des antifaschistischen Kampfes offensiv entgegenzutreten.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Forschungsarbeiten aus dem Augsburger Raum **Frauen im Widerstand**

»Die Frauen, von denen wir hier berichten«, schreiben die Herausgeberinnen, »waren Widerstandskämpferinnen. Sie waren Ehefrauen und Kampfgefährtinnen ihrer Männer, hatten Kinder oder nicht. Eine Mutter ist dabei, deren drei Söhne ins Konzentrationslager verschleppt wurden, von denen zwei die Leiden nicht überlebten. Eine andere Mutter arbeitete zusammen mit ihrer Tochter in der »Roten Hilfe«, einer Untergrundorganisation, die Familien von Häftlingen unterstützte, obwohl die Mitfrauen der Gruppe genau wussten, dass sie mit Verhaftung, quälenden Gerichtsverfahren und Zuchthausstrafen rechnen mussten. Sie waren und sind noch heute

vorbildhaft für gelebte Solidarität. Mit Hilfe unserer Nachforschungen konnten wir einige Augsburger Frauen dem Vergessen entreißen, ihnen »ein Gesicht geben«. Wir haben mit dieser Aufgabe begonnen. Es bleibt noch viel zu tun.«

Wie vor einigen Monaten in der »antifa« angekündigt, ist nun die Neuauflage der Publikation des Frauengeschichtskreises Augsburg mit den neuesten Forschungsergebnissen zu Augsburgerinnen im Widerstand gegen das NS-Regime erschienen. Aus bisher unbearbeitetem Material in Archiven und Bibliotheken wurden Geschichten und Lebensverhältnisse Augsburger Frauen zusammengetragen. Auf 111 illustrierten Seiten finden sich 14



Kurz-Biographien, aufgeschrieben von Maria-Luise Bertram, und weitere Beiträge von Martha Metzger und Edith Findel.

Augsburger Frauen im Widerstand; beziehbar für 9,00 Euro über: Frauengeschichtskreis Augsburg, Postfach 431102, 86071 Augsburg

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Ruth Steinführer, München, 89 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 87 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 87 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 86 Jahre; Christa Meist, Bischofsgrün, 65 Jahre; Manfred Feldmann, Wels, 60 Jahre; Werner Feldmann, Griesbeckerzell, 60 Jahre; Manfred Hinzer, Oberasbach, 60 Jahre; Elisabeth Trüper, Augsburg, 60 Jahre

Oktober: Gisela Freudenthal, Füssen, 89 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 88 Jahre; Hermann Höllenreiner, Mittenheim, 82 Jahre; Rodja Weigand; Schwifting, 70 Jahre; Reinhold Brunner, Nürnberg, 65 Jahre; Gerhard Rampp, Augsburg, 65 Jahre; Sigrid Härtl, Bamberg, 60 Jahre; Marion Kroiß, Landshut, 60 Jahre; Georg Späth, Berg, 60 Jahre; Anna Winner, München, 60 Jahre

Stadt Hof würdigt kommunistischen Widerstandskämpfer

Stolperstein für Hans Merker

Der erste »Stolperstein«, der bisher in der Stadt Hof an der Saale verlegt wurde, trägt den Namen des Kommunisten Hans Merker. Der geborene Hofer und Bauarbeiter war der Kopf der illegalen Widerstandsorganisation der KPD in seiner Heimatstadt.

Im August 1933 wurde der populäre Agitator das erste Mal verhaftet, wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« für 15 Monate ins Bayreuther Zuchthaus St. Georgen gesperrt und nach Verbüßung der Strafe für ein weiteres Jahr ins KZ Dachau verschleppt.

Nach seiner Freilassung nahm er sofort die illegale Arbeit wieder auf. Am 1. September 1939 wurde er erneut in »Schutzhaft« genommen

und ins KZ Buchenwald eingeliefert. 1944 kam er ins berüchtigte Außenlager Dora. Er gehörte dort zur Widerstandsgruppe der kommunistischen Häftlinge, die seit dem Herbst 1944 im Visier der Nazis war. Am 5. Januar 1945 wurde Hans Merker im Außenlager Rossla/Harz »auf der Flucht« erschossen.

Die Initiative für die Verlegung des Stolpersteines für Hans Merker ging von einer AG »Schule ohne Rassismus« des Hofer Jean-Paul-Gymnasiums aus. Sie hatte, mit organisatorischer Unterstützung des Hofer Kulturamtes, am 30. Juli vor der ehemaligen Wohnung Hans Merkers in der Döbereinerstr. 12, in einem Hofer Arbeiterviertel, eine Gedenkstunde vorbereitet. Der Künstler Gunter Demnig, »Erfinder« der Stolpersteine, verlegte den Stein. Auch der Hofer Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (CSU) würdigte in einem Redebeitrag den Mut Hans Merkers.

Nachzutragen bleibt, dass dies nicht die erste Ehrung für Hans



Gunter Demnig (links) bei der Stolperstein-Verlegung in Hof. Foto: Oechslein

Merker in Hof war. Bereits 1946 wurde eine Straße in der Stadt nach ihm benannt. Im Zuge des Kalten Krieges und des folgenden KPD-Verbotes machte die damalige Stadtratsmehrheit die Widmung rückgängig. Ähnliches geschah Hans Merkers Mitkämpfern, den Hofer Kommunisten Ewald Klein und Philipp Heller, die ebenfalls von den Nazis ermordet worden

waren. Mit der Namensgebung einer Brücke für Ewald Klein und einer Sportanlage für Philipp Heller ehrte sie der Hofer Stadtrat 1947. Doch auch diese Ehrungen wurden in den fünfziger Jahren wieder rückgängig gemacht. Immerhin: Seit dem 30. Juli 2015 darf man nun in Hof über den antifaschistischen Widerstand »stolpern«.

Randolph Oechslein

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Große Solidaritätsaktion im Juli in München

»Platz da!« für Flüchtlinge

»Platz da!« stand groß auf dem Einladungs-Poster. Und darunter: »Mia san ned nur mia. Keine Abschiebelager! Seehofer, Scheuer, Söder & Hermann, hört auf zu zündeln.«

Wieder einmal hatte »Bellevue di Monaco«, die Kultur- und Sozialinitiative, zu einer Kundgebung auf dem Max-Joseph-Platz vor der Oper und dem Residenztheater aufgerufen. Über 2.000 folgten an

einem heißen Julitag dem Appell, um gegen die Asylpolitik der Bayerischen Staatsregierung, gegen geplante Abschiebelager und gegen die permanente Panikmache aus CSU-Kreisen zu protestieren, die letztlich von rassistischen und neofaschistischen Gewalttätern als Legitimationshilfe genutzt wird. Zu den zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern, die mit Wort- und

Musikbeiträgen zum Gelingen der mehrstündigen Veranstaltung beitrugen, gehörte auch Josef Bierbichler, Schauspieler, Schriftsteller und Landwirt aus Ambach am Starnberger See. Bierbichler, unlängst auch einer der Erstunterzeichner der Petition »Für eine offene, demokratische Gesellschaft. Gegen die Diffamierung der VVN-BdA«, las am Max-Joseph-Platz der CSU und ihrer Zündelpolitik die Leviten und machte auf verhängnisvolle historische Zusammenhänge aufmerksam.

E. A.

Josef Bierbichler liest der CSU die Leviten.
Foto: Eva Bulling-Schröter

Landesmitgliederversammlung der VVN-BdA in Bamberg

Gegen die Diffamierer

»Die VVN-BdA darf nicht mundtot gemacht werden!« Unter diesem Motto lud die bayerische VVN zu ihrer turnusgemäßen Landesmitgliederversammlung am 11. Juli nach Bamberg ein. Bekanntlich versucht die bayerische CSU-Staatsregierung, die VVN-BdA durch Geldentzug politisch zu ruinieren, denn eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht bringt nach der Bundesabgabenordnung automatisch den Entzug der Gemeinnützigkeit mit dramatischen finanziellen Folgen mit sich. (Nicht nur) deshalb klagt die bayerische VVN gegen ihren Eintrag im Verfassungsschutzbericht.

Zu Beginn der Versammlung sprach Dr. Helmut Müller, CSU-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, Grußworte in Vertretung von Bambergs Oberbürgermeister Andreas Stark. Dr. Müller sprach von der Unverzichtbarkeit der VVN im Kampf gegen Rechtsaußen und bedankte sich besonders bei der Bamberger VVN-Kreisvereinigung und ihrem Vorsitzenden, Landessprecher Günter Pierdzig.

Die Tagung begann dann mit einer Einführung von Landessprecherin Mastaneh Ratzinger, die persönliche Eindrücke von der Verhandlung am Münchner Verwaltungsgericht im Oktober 2014, bei der die VVN in erster Instanz verloren hat, wiedergab. Ratzingers Schilderung, dass die Vorwürfe gegen uns völlig haltlos sind, griff der Nürnberger Rechtsanwalt Yunus Ziyal auf, der den Landesverband zusammen mit dem Münchner Rechtsanwalt Hartmut Wächtler juristisch vertritt.

Ziyal informierte Mitglieder und Gäste darüber, was die Regierung – und ihr folgend das Verwaltungsgericht – der VVN-BdA im einzelnen vorwirft und mit welchen Argumenten unsere Anwälte die Zulassung der Berufung beantragen.

Ein besonderer Skandal sei, dass der KZ-Überlebende Ernst

Unter www.solidaritaet-vvn.de ist die von MdL Florian Ritter initiierte Petition im Wortlaut im Internet veröffentlicht und kann dort unterschrieben werden. Neben der Liste der Erstunterzeichner und -unterzeichnerinnen finden sich dort auch zahlreiche weitere Informationen.

Grube, der nach vehementen Protesten nicht mehr im bayerischen Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde, nun in der Urteilschrift doch wieder persönlich diffamiert werde. Nach der Argumentation der Prozessgegner sei er einer, der die bayerische VVN »linksextremistisch beeinflusst«, denn er sei »aktives DKP-Mitglied«. Dazu kommt die abstruse Behauptung, Ernst Gru-

be sei »Mitglied der FDJ der DDR« gewesen. Auf ebenso schwachen Füßen stehen die weiteren Vorwürfe gegen die VVN-BdA.

Absurde »Argumente«

Eine bemerkenswerte, um nicht zu sagen absurde, Argumentationslinie des Gerichts ging von unserer Parole »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« aus. Dieser Satz bedeute, verwendet von »Linksextremisten«, eine Aberkennung der Meinungsfreiheit für Neonazis – und damit stehe man nicht auf dem Boden der FDGO. Dass tatsächlich das Recht auf Meinungsfreiheit für Faschisten bestritten wird, hielt das Gericht

durch Blockaden von Naziaufmärschen bestätigt, die – durchgeführt von breiten Bündnissen – nicht nur in Dresden stattgefunden haben.

Wir hatten daher Rechtsanwalt Ingo Schmitt-Reinholtz zu einem politisch-juristischen Diskurs zum Thema »Ist Blockieren unser Recht?« eingeladen. Der spannende Vortrag beschäftigte sich u. a. mit der Entwicklung der Rechtsprechung zum

Gewaltbegriff und zum Straftatbestand der Nötigung. Der Referent machte eines deutlich: »Recht ist nicht Gerechtigkeit, sondern eine gesellschaftliche Technik zur Konfliktlösung und Herrschaftsausübung, deswegen notwendigerweise auch relativ ... Deswegen ist auch keine endgültige Antwort auf den Titel »Recht auf Blockade« möglich, da sich alles in einem ständig in Bewegung befindlichen politisch-rechtlichen Spannungsverhältnis befindet.«

Solidaritäts-Petition

Die juristische Auseinandersetzung ist eingebunden in die gesellschaftlich-politische. Florian Ritter, SPD-MdL und Münchner VVN-Mitglied, hat bekanntlich eine Kampagne ins Leben gerufen, mit der die Diffamierung der VVN skandalisiert wird und die zur Solidarität aufruft. Florian Ritter stellte die Online-Petition vor, die noch bis November 2015 unterzeichnet werden kann, berichtete über den aktuellen Stand und warb um breite Unterstützung durch die VVN-Kreisvereinigungen.

Dass nicht nur online unterschrieben werden kann, sondern auch »ambulante« Unterschriftensammlung möglich ist, bewies, während im Saal lebhaft diskutiert wurde, die Bamberger VVN-Jugend. Sie hatte sich vor dem Versammlungslokal mit einem Infostand postiert und konnte zahlreiche Unterschriften verbuchen. Ein Beispiel, das nachgeahmt werden sollte.

Guido Hoyer

Abschied von Inge Lammel, geb. Rackwitz (8. Mai 1924 bis 2. Juli 2015)

Ein überreiches Vermächtnis

Zusammen mit ihrer Schwester Eva wuchs Inge Rackwitz seit 1924 in Prenzlauer Berg, später in Lankwitz auf. Die Mutter gelernte Mo-
dezeichnerin, der Vater, der mehrere Sprachen beherrschte, Aus-
landskorrespondent bei der Dresdner Bank, daneben noch Leiter
von Synagogenchören – eine gutsituierte liberale jüdische Familie.
Mit der Machtübernahme der Nazis veränderte sich alles.

Der Vater verlor seinen Posten bei der Bank; mit Chorleitung und Nachhilfeunterricht versuchte er, sich und seine Familie durchzuschlagen. Die Töchter mussten das Lyzeum verlassen, die Familie in eine kleinere Wohnung nach Schöneberg ziehen. Inge machte nun eine hauswirtschaftliche Ausbildung in einem jüdischen Erholungs-



heim in Lehnitz. Die endete jäh am 9. November 1938, als die jungen Mädchen mitten in der Nacht das Heim verlassen und mit der S-Bahn zurück nach Berlin mussten, weil Nazis das Haus zu stürmen drohten. Zu Hause erfuhr Inge, dass ihr Vater verhaftet worden war; erst kurz vor Weihnachten kam er aus dem KZ Sachsenhausen zurück. Spätestens jetzt wussten die Eltern, dass sie als Familie in Deutschland keine Zukunft mehr hatten. Deshalb beschlossen sie, wenigstens den Kindertransport der beiden Töchter nach England zu finanzieren. Bemühungen der Eltern, auch selbst nach England zu entkommen, scheiterten. Beide wurden im Zuge der »Fabrikaktion« im März 1943 verhaftet und deportiert: Ella Rackwitz sofort nach Auschwitz, Julius Rackwitz zunächst nach Theresienstadt und von dort aus im Oktober 1944 nach Auschwitz. Seit letztem Jahr erinnern in der Rosenheimer Straße in Schöneberg zwei Stolpersteine an sie.

Vom Schicksal ihrer Eltern sollten die Töchter erst viel später erfahren. Beide hatten in Sheffield in England bei alleinstehenden Lehrerinnen Aufnahme gefunden. Dort konnte Inge zunächst ihren Schulabschluss machen, danach in Bristol eine zweijährige Ausbildung als Kindergärtnerin und Säuglingsschwester. Von 1943 bis 1947 lebte sie in London.

Hier arbeitete sie in den erlernten Berufen, aber auch in einer jüdischen Lederfabrik. Sie kam dadurch schnell in Kontakt mit anderen deutschen Naziverfolgten: Emigrantenchor, Freier Deutscher Kulturbund, Kommunistische Partei prägten ihr Bewusstsein; und während ihre Schwester wie viele andere in England blieb, wo sie bis heute noch lebt, entschied sich Inge 1947, nach Deutschland zurückzukehren, ganz bewusst in die sowjetische Zone, um mitzuhelfen, ein anderes Deutschland aufzubauen.

1948 fing sie an der Humboldt-Universität an, Musikwissenschaft zu studieren. Dort lehrte Ernst Hermann Meyer. Er schlug vor, ihre Diplomarbeit über »Entwicklung der Musik der deutschen Arbeiterbewegung« zu schreiben. Er war es dann auch, der mit dafür sorgte, dass an der Akademie der Künste der Bereich »Arbeiterlied« neu konstituiert und sie mit der Leitung beauftragt wurde. Aus kleinsten Anfängen – zuerst in der eigenen Wohnung, dann im Schloss in Köpenick und schließlich im Ihne-Bau am Pariser Platz – hat Inge Lammel von 1953 bis 1984 das Arbeiterlied-Archiv aufgebaut.

In Pankow wird wohl am meisten mit Inge Lammel das Jüdische Leben in Pankow in Verbindung gebracht. Noch vor der Wende hatte sie – angeregt durch Veröffentlichungen der Edition Hentrich – dieses Thema aufgegriffen. Es wurde ihr Schwerpunkt für die nächsten 25

13. September, 12 - 19 Uhr, Herrfurthplatz Tag der Erinnerung und Mahnung 2015

Auftakt um 12.00 Uhr

Gedenkundgebung am Werner-Seelenbinder-Sportpark, Oderstr. 182, Berlin-Neukölln
Es sprechen: Frieder Böhne (Berliner VVN-BdA) und Zeitzeuge Peter Hochmuth (LAG Buchenwald-Dora e. V.): 70 Jahre Tag der Opfer des Faschismus. Es singt der Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln. Für die Ehrung am Urnengrab Werner Seelenbinders bitte Blumen mitbringen!

im Anschluss: Antifaschistischer Fahrradkorso zum Tag der Erinnerung und Mahnung am Herrfurthplatz mit Stopps an Orten von Verfolgung, Zwangsarbeit und Widerstand in Neukölln

Fest der Begegnung, von 13 bis 19 Uhr am Herrfurthplatz, Neukölln mit Infoständen, Antifa-Café, Zeitzeugen-Café,

Ausstellungen ...

- Neofaschismus in Deutschland (VVN-BdA 2014),
- Geschichte des OdF-Tages (Berliner VVN-BdA),
- Georg Elser: »Ich habe den Krieg verhindern wollen« (Naturfreunde),

- Was konnten sie tun – Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939-1945 (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stiftung 20. Juli 1944),
- Spiel- und Sportpark auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof (Neues Bauen)

... Talks auf der Bühne ...

- 9. September 1945 – Zeitzeugen und –zeuginnen erzählen von der ersten antifaschistischen Kundgebung in Berlin nach zwölf Jahren Faschismus (Hans Coppi)
- Entschädigung für die letzten noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen! (Kontakte/Kontaktyi e. V.)
- Refugees welcome?
- Schule ohne Militär!
- Griechenland: Initiative »Deutschlands unbeglichene Schuld(en)«

... und Musik:

- KLEZMORIM SENNOMAJ (Klezmer und Weltmusik mit Banjo, Akkordeon, Klarinette, Kontrabass, Gitarre, Perkussion, Gesang und Geige),
- PS-ΠΣ (von Rembetiko über Entechno und Laiko, Mikis Theodorakis) mit Constantin »Kostas« Papanastasiou,
- Berlinska Dró

Jahre, und sie ist damit selber zu einem Stück dieser Pankower Geschichte geworden. Das war nicht ihr Werk allein. Viele haben das angeregt, begleitet, mitgetragen und gefördert. Aber ohne ihre ganz persönliche Lebensgeschichte wäre es nicht dazu gekommen, dass die Erinnerung an jüdisches Leben in Pankow so lebendig ist. Sie hat dafür viel geleistet und auch Anerkennung bekommen – bis hin zum Bundesverdienstkreuz.

Inge Lammel repräsentierte ein von tiefstem Humanismus durchdrungenes, linkes, antifaschistisches, deutsch-jüdisches Intellektuellentum, dass es in dieser Form heute kaum

noch gibt und dem wir alle unendlich viel verdanken. Als Persönlichkeit und Wissenschaftlerin hat sie uns ein überreiches Vermächtnis hinterlassen.

Wir von der Pankower VVN-BdA werden weiter mit Inges Werken arbeiten – mit den Büchern, der Ausstellung, dem Rundgang –, und so ihr Vermächtnis weitertragen. Und wir werden immer voller Dankbarkeit und Zuneigung an unsere langjährige Berliner Ehrenvorsitzende zurückdenken.

Aus den Trauerreden von Gerhard Hochhut und Mathias Wörsching anlässlich der Beerdigung am 30. Juli 2015

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Vor 70 Jahren war der Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Zweiter Sonntag im September



Erster Tag der Opfer des Faschismus am 9. September 1945 in Berlin: Ehrung für den ersten hingerichteten Widerstandskämpfer Richard Hüttig, Potsdamer Str. 38 (heute Seelingstr. 21) Foto: Gedenkstätte dt. Widerstand

Als 1945 die Jahrestage der Ermordung Ernst Thälmanns, Rudolf Breitschields und der Widerstandskämpfer des 20. Juli bevorstanden, ergriffen ehemalige politische Häftlinge die Initiative zur Begründung eines Gedenktages. Aus diesem Anlass wandte sich der Berliner »Hauptausschuss Opfer des Faschismus« am 3. August 1945 an den Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner. Der Berliner Magistrat nahm sich dieses Anliegens an und rief erstmals für den 9. September 1945 zum »Tag der Opfer des Faschismus« (OdF).

Die neu zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien, die Jüdische Gemeinde, die Kirchen, die Gewerkschaften und Jugendausschüsse unterstützten diesen ersten Gedenktag nach der Befreiung. Im Zentrum der Ehrung standen die »ehemaligen politischen Häftlinge ... die toten Helden des antifaschistischen Kampfes«, wie es im Aufruf hieß. Sie sollten für die Lebenden eine ständige Mahnung sein, das große Werk zu vollenden, für das die Antifaschisten ihr Leben gaben: Vernichtung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus und die Säuberung Deutschlands von den Nazibanditen.

Bereits am 8. September 1945 fanden in allen Stadtbezirken, an vielen Schulen und in Betrieben Gedenkfeiern statt. An Häusernruinen, in Straßen, an U-Bahnzugängen – überall waren Transparente angebracht, wehten Fahnen im Trauerflor. Gottesdienste leiteten den Gedenktag ein. Am frühen Nachmittag des 9. September bewegten sich dreißig Demonstrationzüge durch die Stadt.

Ihr Ziel war das im August in »Werner-Seelenbinder-Kampfbahn«

umbenannte Neuköllner Stadion. Umrahmt von 14 Fahnen der von Deutschland überfallenen Länder galt das Gedenken allen Bürgern, die von Deutschen und ihren Verbündeten ermordet wurden. In der Mitte des Platzes erhob sich das von dem Baustadtrat Hans Scharoun entworfene Ehrenmal. Es trug die Inschrift: »Die Toten mahnen die Lebenden«. Unter den Buchstaben »KZ« befand sich der rote Winkel der politischen Häftlinge, der sich seither auf zahlreichen Plakaten, Aufrufen, Denkmälern, Publikationen und Abzeichen wiederfand. Tausend Kränze wurden in der Mitte des Stadions niedergelegt.

Zehntausende Berliner standen gemeinsam mit Gästen aus allen Besatzungszonen dicht gedrängt, als der Trauermarsch von Chopin erklang. Beethovens Coriolan- und Leonoren-Ouvertüren unterstrichen den Gedenkcharakter des Tages. Der Schauspieler Horst Caspar rezitierte Karl Schnogs »Heimkehr«, sein Kollege Ernst Wilhelm Borchert Johannes R. Bechers »Kinderschuhe von Lublin«. Der Gesang »Unsterbliche Opfer« – ein russisches Revolutionslied – und das

Moorsoldaten-Lied wurden angestimmt. Die Ravensbrück-Überlebende Maria Wiedmaier, Ottomar Geschke, der acht Jahre Gefängnisse und Konzentrationslager überlebt hatte, und Oberbürgermeister Dr. Werner verbanden in ihren Reden Trauer und Gedenken mit dem Aufruf, den Nazismus mit all seinen Wurzeln zu beseitigen und ein freies demokratisches Deutschland aufzubauen. Mit dem gemeinsamen Gesang »Brüder zur Sonne, zur Freiheit« klang der erste OdF-Tag aus.

Umrahmt wurde der Gedenktag von Feiern in Schulen, Zusammenkünften in Betrieben, Andachten in Kirchen und Gedenkfeiern in Synagogen, Theateraufführungen, Konzerten und Rundfunksendungen. Alle kulturellen Einrichtungen waren gehalten, ihre Programme der Würde des Gedenktages entsprechend zu gestalten.

Die Erinnerung an die Verfolgten des Naziregimes bildete ein Gegengewicht zu dem weit verbreiteten diffusen Gefühl der »deutschen Katastrophe« und vermittelte Anstöße für ein Nachdenken über das Ausmaß der von der überwiegenden Mehrheit geduldeten Verbrechen. Schlusstrichmentalität, Scham über die eigene Schuld und Verantwortung, der Wunsch nach Neubeginn um den Preis des Vergessens, die Erfahrungen von Bombardierung und Vertreibung begründeten jedoch eine tiefe Kluft zwischen den überlebenden Opfern des Faschismus und großen Teilen der Bevölkerung.

Die emotional berührenden Gedenkveranstaltungen in vielen Städten Deutschlands mit Hunderttausenden von Teilnehmern fanden in den frühen Nachkriegsjahren eine starke mediale Verbreitung in Tageszeitungen, Rundfunk, Wochenschauen sowie in hoher Auflage publizierten Gedenkbroschüren. Mit dem 1947/48 einsetzenden Kalten Krieg wurde der Gedenktag im Osten Deutschlands und von der VVN in Westberlin weitergeführt und in Westdeutschland häufig sogar verboten. Mit seiner Zuordnung zum Volkstrauertag entschwand der OdF-Tag aus dem westdeutschen Erinnerungskanon.

1990 verständigte sich ein breites Berliner Bündnis, den zweiten Sonntag im September als Tag der

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 21. September

Vor 70 Jahren – Erster Tag der Opfer des Faschismus: »Euch der Lorbeer, unser die Pflicht«. Im 70. Antifa Jour fixe erinnert der Historiker Lutz Heuer an Ottomar Geschke, der, als KPD-Funktionär von den Nazis durch verschiedene Gefängnisse und KZs geschleift, nach der Befreiung als Berliner Sozialstadtrat auch Vorsitzender des am 3. Juni 1945 konstituierten »Hauptausschusses Opfer des Faschismus« wurde.

Montag, 19. Oktober

Ilseget Fink, PfarrerIn i. R.: Vom Kreuzritzer zum Ritterkreuz – Wie bewaffnete Christen die Bibel besiegten.

Religionskritik gehört zum Friedenskampf! Auch wenn es manchem schwer fällt einzusehen: »Gott mit uns« auf deutschen Koppelschlössern war nicht nur Lüge, sondern Gotteslästerung! Es gibt viel Kritisches zu diskutieren...

Erinnerung, Mahnung und Begegnung weiterzuführen. Seit 25 Jahren gehört der Gedenk- und Aktionstag zu den größten regelmäßigen antifaschistischen Veranstaltungen in Berlin, die das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes und die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus in der Gegenwart verbinden.

Hans Coppi

Die Ausstellung »Der zweite Sonntag im September« zeigt auf 12 Tafeln (80x120cm) die wechselvolle Geschichte des OdF-Tages von 1945 bis in die 1990er-Jahre. Sie kann in der Geschäftsstelle ausgeliehen und der 62 Seiten umfassende Katalog erworben werden.

Ingeborg Rapoport erhält mit 102 Jahren Promotionsurkunde der Hamburger Universität

Mehr als nur ein langes Leben

Als ich vor kurzem mit Ingeborg Rapoport telefonierte, sagte sie sinngemäß, es riefen nach ihrer Promotionsfeier in Hamburg viele Menschen bei ihr an, aber sie interessierten sich immer nur für ihr Alter und nicht für das, was sie in ihrem Leben getan habe. Also will ich mich nicht mit ihrem Alter befassen – auch wenn ich bewundere, wie engagiert die Hundertzweijährige sich den Problemen unserer Zeit stellt. Ihre 1997 erschienene Autobiografie trägt den Titel »Meine ersten drei Leben«.

Ingeborg Syllm, geboren 1912 in Hamburg, wächst in einer bürgerlichen Familie auf, in der sie sich die Erfüllung ihres Wunsches, Medizin zu studieren, angesichts finanzieller Schwierigkeiten erst erkämpfen muss. Ihr erstes Leben endet 1938 mit ihrer Auswanderung in die USA. Als sogenannte »Halbjüdin« sieht sie für sich keine Zukunftsperspektive in Deutschland. Mit sich führt sie ein Schreiben des Direktors der Universitäts-Kinderklinik, Prof. Degkwitz, dass ihre Arbeit »als Doktorarbeit angenommen worden wäre, wenn nicht die geltenden Gesetze wegen der Abstammung des Fräulein Syllm die Zulassung zur Promotion unmöglich machten«.

In den USA holt sie den akademischen Abschluss unter schwierigen Bedingungen nach. Ein Beispiel dafür: Als sie sich an der Columbia-Universität in New York um einen Studienplatz bewirbt, stellt ihr der Dekan nur die Frage, wie viel Geld sie habe. Als sie antwortet, »gar keins« sagt er höflich und bestimmt: »Dann brauchen wir kein Wort mehr miteinander zu wechseln.« Einen Studienplatz bekommt sie dann am Woman's Medical College in Philadelphia und findet nach erfolgreichem Abschluss Arbeit in verschiedenen Krankenhäusern.

An der Universitäts-Kinderklinik in Cincinnati lernt sie Mitja Rapoport kennen und lieben. Sie heiraten, bekommen drei Kinder, sind aktiv in der Kommunistischen Partei der USA und sind, nicht nur nebenbei, mit bahnbrechenden medizinischen und biochemischen Forschungen beschäftigt. Ende der 1940er-Jahre erhält Mitja Rapoport für seine Forschungen zur Konservierung von Blut mit großem militärischen Pomp die höchste US-Auszeichnung für Zivilisten. Gleichzeitig beginnt im Hintergrund bereits die Arbeit des »Komitees zur Untersuchung unamerikanischer Aktivitäten« zu wirken.

»Damals waren die Informationen offenbar noch nicht so exzellent computervernetzt wie heutzutage«, sagt Ingeborg Rapoport in ihren Erinnerungen.

Anfang des Jahres 1950 wird deutlich, dass die beiden ein Verfahren vor diesem Ausschuss zu erwarten haben. Ihnen drohen Verurteilung und Gefängnis. Ihr Mann kehrt von einem Kongress in Zürich gar nicht mehr in die USA zurück; sie organisiert hochschwanger die heimliche Ausreise aus den USA.

Über ihre zwölf Jahre in Amerika sagt Inge Rapoport: »In diesem Land hatte ich meinen Beruf gefunden, meine Ausbildung als Kinderärztin in einer Breite und Tiefe erfahren, für die ich immer dankbar geblieben bin. Hier hatte ich Mitja gefunden, drei Kinder geboren und das vierte empfangen. Hier hatte ich ein großes Land mit seinen Menschen, seinen Höhen und Tiefen, seinem Recht und seinem Unrecht, zu meinem eigenen gemacht.« Sie hatte zum zweiten Mal ihre Heimat verloren.

Ihr drittes Leben beginnt in Wien. Als alle Versuche ihres Mannes, Arbeit zu finden, scheitern (»McCarthy erreicht uns auch in Wien«), entscheiden sie sich, nach Berlin, in die DDR zu gehen.

In der DDR arbeitet Ingeborg Rapoport als Oberärztin in einer Berliner Kinderklinik. Nach einer Aspirantur, einem besonderen Ausbildungsgang des wissenschaftlichen Nachwuchses in der DDR, am biochemischen Institut der Humboldt-Universität, wechselt sie an die Kinderklinik der Berliner Charité. Dort ist sie über ein Jahrzehnt Oberärztin, betreut



die Säuglings- und Frühgeborenenstationen, hält Vorlesungen und Seminare, setzt ihre Forschungen fort. Ihr Hauptarbeitsfeld liegt in den Bereichen Pädiatrie und Neonatologie (Kinder- und Neugeborenenheilkunde). Nach Aussage von Fachleuten habe sie entscheidend dazu beigetragen, die Säuglingssterblichkeit in der DDR wesentlich zu senken.

Über ihre eigene ärztliche Entwicklung, die auch eine politische Entwicklung ist, möchte ich sie selbst sprechen lassen: »Trieb mich anfangs nur der heiße Wunsch zur Medizin, kranken und hilflosen Menschen zu helfen – sozusagen auf einer Woge christlicher Barmherzigkeit –, und packte mich dann die Leidenschaft, differential-diagnostische Rätsel am Einzelpatienten zu lösen, so

war ich doch lange Jahre hindurch in meiner Sicht auf nur einen Ausschnitt der Medizin beschränkt. Zwei Dinge rissen für mich den Horizont auf: Der Zugang zur Forschung und die ersten tiefen Einblicke in die untrennbare Verknüpfung von Medizin und sozialem Umfeld. Die beste, menschlichste und wissenschaftlichste Medizin bleibt letztlich hilflos unter Bedingungen sozialen Elends...«

Mit dem Ende der DDR beginnt Ingeborg Rapoport's viertes Leben. Das vierte Leben ist eigentlich nicht mehr Thema ihrer Autobiographie, und doch bestimmt die Frage »Was haben wir als Kommunisten gut gemacht, was haben wir als Kommunisten falsch gemacht?« ihr Buch. Ihre Auseinandersetzung mit dem Begriff »Unrechtsstaat DDR« prägt viele Abschnitte. Zusammenfassend erklärt sie: »Ein Staat, in dem weder Unrecht angetan noch erlitten wurde, war die DDR nicht ... und das jetzige Deutschland ist weit davon entfernt, es zu sein. Menschenverachtende Gesetze wie bei den Nazis und asylantenfeindliche Regelungen wie in vielen kapitalistischen Ländern gab es in der DDR nicht, aber die Angst vor dem Verlust der noch ungefestigten neuen Gesellschaftsordnung hat die Staatsmacht der DDR und auch die SED immer wieder zu Ungerechtigkeiten und Unrecht verleitet. Sie waren voller Widersprüche, erfüllt von gutem, ja bestem Willen für das Wohl der Allgemeinheit und von tragischem Versagen in Einzelfällen.«

Zum vierten Leben Ingeborg Rapoport gehört auch die Verleihung der Promotionsurkunde in Hamburg im Juni dieses Jahres. Bei der Festveranstaltung erklärt sie: »Ich möchte mich bedanken, auch im Namen derjenigen, die diesen Tag nicht erleben und Ähnliches wie ich erlebt haben – und viel Schlimmeres.« Was sie erlebt habe, sei das hoffnungsvolle Zeichen eines neuen, humanistischen Geistes an einer Universität.

Ilse Jacob



Hamburger VVN-BdA Termine

Sonnabend, 12. September, 10 Uhr

Demonstration »Kein Aufmarsch von Nazi-Hooligans in Hamburg!« Start: vorerst Hauptbahnhof (Hachmannplatz)

Sonntag, 13. September, 11 Uhr

Gedenkveranstaltung »Menschen, wir hatten Euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg. Redebeiträge u. a. von Ilse Jacob. Musik: Song-Gruppe Hamburg.

Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Sonntag, 27. September, 17 Uhr

Film »Akte Grüninger - Die Geschichte eines Grenzgängers« von

Alain Gsponer, AT/CH/D 2013. Gesprächsgast: Conni Gunßer (Flüchtlingsrat Hamburg).

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

15. Oktober bis 12. November

Harburger Gedenktage 2015: »1943-1947 Ende und Anfang«. Veranstalterin: Initiative Gedenken in Harburg.

Ort: Bücherhalle Harburg, Eddelbüttelstraße 47a, 21073 Hamburg

Sonntag, 18. Oktober, 17 Uhr

Film »Novembermond« von Regisseurin Alexandra von Grote, D/F 1985 (im Rahmen der Lesbisch-Schwulen Filmtage Hamburg).

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

28. Oktober bis 18. November Woche des Gedenkens in Bergedorf

Mittwoch, 4. November, 18.30 Uhr

Widerständiges Frauenleben – Erinnerungen an 20 Frauen aus der Widerstandsorganisation um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen. Lesung im Rahmen der Woche des Gedenkens in Bergedorf.

Ort: Haus Brügge, Leuschnerstraße 86, Hamburg

Donnerstag, 5. November, 19.30 Uhr

»Gegen das Vergessen«. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938.

Ort: Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, 20146 Hamburg

Sonntag, 8. November, 17 Uhr

Film »Der Aufenthalt« von Frank Beyer, DDR 1982.

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

Montag, 9. November, 15.30-17.00 Uhr

Mahnwache: »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 77. Jahrestags der Reichspogromnacht. An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.

Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg. Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 20146 Hamburg

Große antifaschistische Gegendemonstration am 12. September in Hamburg geplant

Kein Aufmarsch von Nazi-Hooligans!

Hamburg St. Pauli, 17. August 2015, im Heimstadion des Kiezclubs ist Fürth zu Gast. Die Ränge sind gut und reichlich dekoriert mit Spruchbändern: »12.09. Nazis stoppen«, »Wehret den Anfängen – Naziaufmarsch verhindern«, »Aufstehn, hinsehn – Nazis im Weg stehn«, »Ponys statt Nazis«, »12.09. Platzverweis für Nazis – Alle hin da«. Und auch der Club selbst blendete über die Anzeigetafel ein »Kein Aufmarsch von Nazi-Hooligans in Hamburg am 12.09.2015« (Faszination Fankurve, 17. August 2015). Und das Spiel gegen Fürth konnte der Club auch gewinnen.

Darum geht's am 12. September 2015: Neonazis, Hooligans und Rassisten und Rassistinnen wollen durch die Hamburger Innenstadt marschieren. Ihr Motto »Tag der deutschen Patrioten«. Das will das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« (HBGR) gemeinsam mit mehr als 500 Unterstützern und Unterstützerinnen verhindern, zu denen natürlich die VVN-BdA Hamburg und Pinneberg gehören und natürlich auch zahlreiche Fangruppen des FC St. Pauli.

»Gewaltbereite Hooligans...

Mit ihrem Motto und Teilen ihrer Symbolik knüpfen die »PatriotInnen« an den jährlichen Nazi-Aufmarsch »Tag der deutschen Zukunft« an, dem sich 2012 in Hamburg Zehntausende Menschen mit Demonstrationen, Blockaden und anderen Aktionen erfolgreich entgegen stellten. Zudem wollen sie an die rassistischen Pegida- und HoGeSa-Aufmärsche (Hooligans

gegen Salafisten) der letzten Monate anknüpfen. Der Strippenzieher des geplanten Aufmarsches ist Thorsten de Vries, ein mehrfach wegen Gewaltdelikten verurteilter Nazikader, der in seiner langjährigen Karriere für Kameradschaften, NPD und Hooligans aktiv war. Er und seine PatriotInnen träumen von einer homogenen Nation, die autoritär geführt wird und in der »Nicht-Zugehörige von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Vielfältigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität gelten ihnen als Teufelszeug.« *

Viele haben ihren Anteil an dieser Gemengelage aus Hass und Ausgrenzung: Pegida, HoGeSa, AfD und NPD sowie »aufrechte Nachbarn«, die Flüchtlingsunterkünfte verhindern wollen oder sie gar in Brand setzen. Auch eine Regierungspolitik, die angesichts der weltweit über 50 Millionen vor Krieg, Hungersnot und Verelendung Fliehenden, sol-



che Migrantinnen und Migranten danach beurteilen will, ob sie für »uns« nützlich sind oder nicht, tragen zur Vergiftung der Atmosphäre bei.

»Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ruft dazu auf, am 12. September 2015 gemeinsam gegen den Aufmarsch der Nazi-Hooligans auf die Straße zu gehen. Wir verlassen uns nicht auf staatliche Verbote oder Auflagen. Wir werden flexibel sein und dort protestieren, wo die Rassisten und Rassistinnen ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten wollen. Und wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Aufmarsch zu verhindern. Am 1. Mai 2008 und am 2. Juni 2012 haben wir erfolgreich den Nazis Paroli geboten. Im Januar 2015 protestierten 5.000 Hamburger und Hamburgerinnen gegen Pegida, ohne dass diese weder vorher noch danach gewagt hätte, in Hamburg zu marschieren. Dies ist uns Ansporn, ein weiteres

Mal auf die Straße zu gehen und uns ihnen in den Weg zu stellen. Antifaschistische Demonstration:

Demonstration und Gegenaktivitäten, 12. September 2015, 10 Uhr, vorerst Hauptbahnhof (Hachmannplatz)« *

*Aus dem Aufruf des »Hamburger Bündnisses gegen Rechts«

Georg Chodinski

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA,
Landesvereinigung Hamburg,
Telefon: 040 / 31 42 54,
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183,
BIC: HASPDE33XXX

Am 14. November 2015 in Kassel

Fachtag zum Rechtspopulismus

Unter dem Titel »Die neue Unübersichtlichkeit: Rechtspopulismus – gemeinsamer Nenner von Rechtskonservativen und extremer Rechter« findet am 14. November 2015 in der Volkshochschule (VHS) Region Kassel, Wilhelmshöher Allee 21, 34117 Kassel, auf Einladung von DGB, Kasseler Jugendring, Evangelischer Kirche und VHS, unterstützt von den Organisationen des »Bündnis gegen rechts« ein Tagesseminar zu verschiedenen Aspekten rechter Ideologie statt.

Nach einem Hauptreferat »Die neue Formierung der bürgerlichen Rechten« und einem Überblick über die nordhessische Situation finden sechs thematische Foren statt. Sie beschäftigen sich mit den Kampagnen gegen die Aufnahme

von Flüchtlingen, mit Europa als Feindbild und Handlungsrahmen des Rechtspopulismus, mit Ideologie und Feindbildern von Pegida und verwandten Netzwerken, mit rechter Kritik am »Genderwahnsinn« sowie den sozialen Konsequenzen

rechtspopulistischer Feindbilder. Die Referenten kommen aus antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen.

Der Fachtag möchte mit diesem Angebot Unklarheiten beseitigen und Argumentationshilfen gegen die Ansätze rechter »Kulturrevolution« entwickeln. Er richtet sich an alle Interessierten und antifaschistisch Engagierten. Die Teilnahme ist kostenlos.

U.

Schn. Anmeldung bis zum 1. November beim DGB Region Nordhessen per Mail: kassel@dgb.de oder telefonisch 0561/720 95-0.

Das Regierungspräsidium Kassel während der NS-Zeit

Weitere Untersuchung

Haltung und Rolle des Regierungspräsidiums Kassel während der Zeit der Nazidiktatur werden von der Historikerin Janine Freund untersucht. Dabei soll insbesondere auch festgestellt werden, in welchem Ausmaß diese Behörde an der Verfolgung und Vernichtung von Juden und anderen Verfolgten beteiligt war und welche Rolle die Behörde, die in Hessen eine Mittelbehörde zwischen den Landesministerien und den kommunalen Behörden ist, im NS-Staat spielte. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen zum 150-jährigen Bestehen des Regierungspräsidiums 2017 veröffentlicht werden.

Wa.

Kassel: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit von Oberbürgermeistern

Halbherzige Entscheidungen

In Kassel gibt es seit zwei Jahren eine öffentliche Debatte über die verdrängte Vergangenheit der ersten Oberbürgermeister der Stadt nach dem Krieg. Alle waren vor 1945 Mitglieder in NS-Organisationen. Nachdem anlässlich des 1100-jährigen Stadtjubiläums diese Tatsachen publik wurden, hat die Debatte die Öffentlichkeit bewegt.

Zuerst die Fakten: Besonders problematisch stellt sich der Fall Karl Branner (1910-1997) dar. Branner war als SPD-Politiker von 1963 bis 1975 Oberbürgermeister der Stadt Kassel. In dieser Zeit erwarb er sich zweifellos einige kommunalpolitische Verdienste. In der Folge erhielt er alle Ehrungen, die die Stadt bieten kann: Ehrenbürgerschaft, eine Halle im Rathaus und eine neu gebaute Fußgängerbrücke über die Fulda wurden nach ihm benannt. Da er sich auch für den Aufbau der Gesamthochschule Kassel stark gemacht hatte, wurde er 1984 auch Ehrensenator der GhK, heute Universität Kassel. Durch Forschungen an der Universität Kassel zum 1100-jährigen Stadtjubiläum zum Thema: »Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeit in der Stadtpolitik nach 1945« wurde jedoch bekannt, dass dieser hochgeehrte und durchaus populäre Lokalpolitiker 1933 als Jura-Student der NSDAP beitrug und 1937 mit politisch fragwürdigen Thesen bei dem ausgewiesenen Nazi-Ökonom Klaus Wilhelm Rath promovierte. Nach dem Studium

wurde er Soldat und geriet 1945 in Jugoslawien in Kriegsgefangenschaft. Dort soll er im Antifa-Komitee mitgewirkt haben. Ob dies jedoch eine überzeugte Abwendung von seiner bisherigen NS-Haltung war oder eher eine opportunistische Anpassung an die Umstände, lässt sich heute nicht mehr sagen. Klar ist jedoch, dass sich Branner nach seiner Rückkehr nach Kassel nicht mehr zu seiner NS-Vergangenheit äußerte. Und so wurde er 1963 für zwölf Jahre Oberbürgermeister der Stadt.

Von ähnlichem Kaliber war OB Willy Seidel. Er wurde 1945 zwar von den Alliierten zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt und 1946 im Amt bestätigt. 1937 hatte er jedoch einen NSDAP-Aufnahmeantrag gestellt. Im Krieg war er Leiter einer wehrwirtschaftspolitischen Abteilung und im Auftrag der NSDAP für die Raumbeschlagnahme zuständig.

Auch OB Lauritz Lauritzen war in der NS-Zeit von 1934 bis 1938 Mitglied der Reiter-SA. Zudem gehörte er dem NS-Rechtswahrerbund und der NS-Volkswohlfahrt an.

In der öffentlichen Debatte um die Vorwürfe gegen die ehemaligen Oberbürgermeister, die zumeist der SPD angehörten, machte der heutige Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) keine gute Figur. In einem Zeitungsinterview glaubte er die Vorwürfe mit dem Hinweis »nicht alle Bürgermeister waren Widerstandskämpfer« abbugeln zu können. Doch das Engagement zahlreicher Bürger und die Berichterstattung der Lokalpresse führten dazu, dass ein weiterer Forschungsauftrag über die politische Biographie dieser Oberbürgermeister an die Universität Marburg vergeben wurde, der jedoch die bisherigen Befunde deutlich bestätigte.

Die politischen Konsequenzen zogen die Kasseler Stadtverordneten jedoch nur halbherzig. Mitte Juli 2015 setzte sich eine »Große Koalition« von CDU und SPD mit den Vorschlägen durch, die Ehrenhalle im Rathaus nicht mehr »Karl-Branner-Halle« zu benennen und das Haus der Jugend nicht mehr »Willi-Seidel-Haus«. Ansonsten wurde beschlossen, die Karl-Branner-Brücke beizubehalten. Es war erkennbar, dass er hier nicht um eine inhaltliche Aufarbeitung ging, sondern darum, das Thema aus dem



Karl Branner 1935 als SA-Mitglied

Kommunalwahlkampf 2016 herauszuhalten. Die antifaschistischen Kräfte in Kassel werden dennoch die Frage eines angemessenen Umgangs mit der Geschichte auch in den Wahlkampf einbringen.

Ulrich Schneider

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband
Hessen! Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

NPD-Parteitag und »Quer-Denken-Kongress« stoßen auf breiten Widerspruch

Vielfältige Aktionen gegen rechts

Gegen zwei bevorstehende größere Veranstaltungen aus dem neonazistischen und dem rechtspopulistischen Spektrum werden Protest- und Gegenveranstaltungen vorbereitet.

Am 31. Oktober und 1. November soll in Friedberg in der Stadthalle ein sogenannter »Quer-Denken-Kongress« stattfinden. Die Liste der Referenten, unter ihnen Udo Ulfkotte, Andreas Popp und Christoph Hörstel, »liest sich wie ein Who's who der deutschen Verschwörungstheoretiker«, stellte Hanning Voigts in der »Frankfurter Rundschau« (17. August 2015) fest. Für Andreas Balsler vom Antifaschistischen Bildungszentrum sind die Verschwörungstheorien ein »Einstieg in rechtes Denken«. Dementsprechend plädierte Kongress-Organisator Michael Vogt bereits 2012 für die »Abschaffung des Parteienstaates«. In Friedberg bereitet ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und linken Gruppen eine Aktionswoche mit Veranstaltungen und einer Demonstration vor. (Näheres unter www.aktionstagefriedberg.wordpress.com)

Gegen den für den 21. und 22. November in Weinheim an der Bergstraße geplanten Bundes-Parteitag der NPD bereiten sich in Baden-Württemberg (in dem Weinheim liegt), im angrenzenden Hessen und vor allem in Weinheim selbst mehrere Bündnisse auf Protestaktionen vor.

In Weinheim gibt es drei Bündnisse, die Aktivitäten gegen den Neonazi-Parteitag planen: Da ist »Weinheim bleibt bunt«, das Bündnis aller im Stadtparlament vertretenen Fraktionen (SPD, CDU, Grüne, FDP, Freie Wähler, Linkspartei), des Stadtjugendrings und einer Reihe von Vereinen, Arbeitskreisen und Netzwerken. Sie treten bereits seit längerem für ein buntes und vielfältiges Weinheim ein, ohne allerdings die Gegner, das heißt die NPD und die Neonazis, konkret zu benennen.

Das Bündnis »Weinheim gegen rechts« betreibt eine Facebook-Seite mit diesem Namen und will zum 21./22. November ein Aktionscamp durchführen.

Das dritte Bündnis, das sich »Nazifreies Weinheim« nennt, besteht aus Gruppen und Einzelpersonen, von denen einige in den vergangenen Monaten bei den Anti-Pegida-Aktionen in Frankfurt dabei waren und so Kontakte geknüpft haben.

Sie planen bereits für die Zeit vor dem NPD-Parteitag Infostände, Kundgebungen, Demos, Vorträge und eine größere Veranstaltung.

Aus Hessen werden die Vorbereitungen der Aktionen u. a. von der

VVN-BdA und von der Frankfurter Anti-Nazi-Koordination unterstützt. Von der baden-württembergischen VVN-BdA liegt ein Aufruf zum gemeinsamen Protest und Widerstand gegen den NPD-Parteitag vor. Darin heißt es: »Neonazis und der NPD entgegenzutreten ist eine Entscheidung für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder religiösen Ansichten. Die VVN-BdA erklärt sich solidarisch mit allen, die dieses Ziel teilen. Die VVN-BdA ruft deshalb zusammen mit anderen antifaschistischen Gruppen für den 21. und 22. November 2015 zu Aktionen gegen den Parteitag rund um die Weinheimer Stadthalle auf.« Am 21. November wird es eine Demonstration geben.

Die VVN-BdA wendet sich »gegen alle Versuche, den Widerstand gegen Neonazis in »gut« und »schlecht« spalten zu wollen«. Die Zusammenarbeit mit allen Nazi-Gegnerinnen und -Gegnern habe sich »in der jüngsten Vergangenheit bei vielen Protesten« bereits bewährt.

Ein von der NPD schon am 1. August in Weinheim durchgeführter Infostand wurde mit mehreren Gegenveranstaltungen und Protestaktionen konfrontiert. Mit entsprechenden Aktivitäten waren »Weinheim bleibt

bunt«, »Weinheim gegen rechts« und »Nazifreies Weinheim« dabei. Alle Menschen, die zwischen 10 und 14 Uhr in der Fußgängerzone unterwegs waren, und das waren einige Tausende, erlebten die Aktionen. Die NPD bekam von den Weinheimern viel Ablehnung zu spüren, während sich die Nazigegner der unterschiedlichen Bündnisse wohl etwas näher gekommen sind.

Zusammengestellt aus Texten von Dieter Bahndorf, VVN-BdA und FR

Stadtrundgang

Ein antifaschistischer Stadtrundgang findet am Mittwoch, dem 30. September 2015, in Frankfurt statt. Es führen Bruni Freyisen und Manfred Laus von den DGB-Senioren. Treffpunkt und Beginn ist um 10.00 Uhr am DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.



Bruni Freyisen bei der Lesung auf dem Römerberg am Jahrestag der Bücherverbrennungen.

Foto: Norbert Birkwald

Erinnerung an ermordete Zwangsarbeiter

»Mitten unter uns«

Mit einer Veranstaltung am 21. November im Historischen Museum am Römerberg wird das Frankfurter Gedenk- und Erinnerungsprojekt »Mitten unter uns« abgeschlossen.

Wie bereits berichtet, waren im Frühjahr im Frankfurter Stadtgebiet und am Mainufer an 1.200 Bäumen blau-weiß gestreifte Binden mit dem jeweiligen Namen oder der Nummer eines der insgesamt 1.600 im KZ Katzbach der Frankfurter Adlerwerke eingesperrten, meist polnischen Zwangsarbeiter angebracht worden. Sie waren im August 1944 nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes nach Deutschland deportiert worden. Die Torturen

der »Vernichtung durch Arbeit« und der Todesmärsche haben nur rund fünfzig von ihnen überlebt.

Inzwischen fand mit Unterstützung von Helferinnen und Helfern eine Erneuerung jener Erinnerungsbinden statt, von denen immerhin mehrere Hundert abgerissen, beschädigt oder zerstört worden waren.

Bei der Abschlussveranstaltung wird ein Film über das Erinnerungs-



Foto: Rolf Oeser

Projekt »Mitten unter uns« gezeigt werden (Näheres unter www.mittenunteruns.de).

Wa.

Theodorakis-Konzert

Am Sonntag, dem 25. Oktober, veranstaltet das Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt/Rhein-Main von 18.00 bis 22.00 Uhr im Titus-Forum, Bürgerhaus Nordweststadt, ein Benefiz-Konzert zum 90. Geburtstag von Mikis Theodorakis.

Es wirken mit Gina Pietsch (Gesang), Christine Reumschüssel (Piano) sowie griechische Musikgruppen und Solisten aus dem Rhein-Main-Gebiet. Eintritt 10 Euro (ermäßigt 5 Euro). Der Reinerlös geht an soziale Selbsthilfegruppen in Griechenland.

Unterstützt wird das Konzert von mehreren Gewerkschaften, Organisationen und Institutionen, darunter auch von der VVN-BdA.

In Wolfenbüttel: Über Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht

Ausstellung »Was damals Recht war« gezeigt

Thema der Ausstellung ist die NS-Militärjustiz in der Zeit von 1933 bis 1945. Die Ausstellung wurde von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Kooperation mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. zusammengetragen und bereitgestellt.



Auch Ludvig Baumann, einer der letzten Überlebenden der NS-Militärjustiz und jahrzehntelang Vorkämpfer für die Aufhebung der NS-Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure, Kriegsdienstverweigerer oder so genannten Kriegsverräter, trat anlässlich der Ausstellung in Wolfenbüttel auf. Foto: Kappa Photo

In ihrem Zentrum stehen die Schicksale der von der barbarischen NS-Militärjustiz betroffenen Menschen. Ihre Geschichten und ihre Leiden werden mit Fotos und Berichten aus der damaligen Zeit dargestellt. Viele der Überlebenden sind erst lange Zeit nach der Befreiung vom Nationalsozialismus als Opfer eines verbrecherischen Unrechtsstaates anerkannt worden. Zu den Zahlen heißt es auf der Internet-Seite zur Ausstellung (www.stiftung-denkmal.de): »Insgesamt wurden mindestens 22.000 Menschen hingerichtet, unzählige starben in Lagern oder in Strafeinheiten.« Bemerkenswert ist, dass fast keiner der damals ver-

antwortlichen NS-Militärrichter an den Sondergerichten nach 1945 je zur Verantwortung gezogen worden ist. Viele von ihnen waren in der späteren Bundesrepublik wieder in hohen Funktionen von Staat und Gesellschaft.

Der Titel der Ausstellung ist ein Halbsatz. Der vollständige Satz, der von den damaligen Tätern gerne zitiert wurde, lautet: »Was damals Recht war, kann heute kein Unrecht sein.« Die Ausstellung macht deutlich, wie falsch und unwahr diese Aussage der Täter war und immer sein wird. Auch Recht kann zu Unrecht werden, wenn es gegen jede zivilisatorischen Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstößt.

Die Ausstellung war vom 3. Juni bis zum 2. August in der Gedenkstätte der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel zu sehen. Dazu wurde eine zusätzliche, neue Ausstellungs-Steile über den 24-jährigen Walter Siebert erarbeitet. Der Bremer wurde 1943 wegen angeblicher »Fahnenflucht« vom Divisionsgericht Braunschweig zum Tode verurteilt. Nach seiner Inhaftierung im Strafgefängnis Wolfenbüttel wurde er 1944 im Schießstand Buchhorst in Braunschweig erschossen.

Herbert Müller

»Nichts verlernt – Die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte...«

Politische Strafjustiz Beispiel Lüneburg

»Nichts verlernt – Die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte bei der 4. Strafkammer des Lüneburger Landgerichts« lautet der Titel einer Ausarbeitung der VVN-BdA Lüneburg, die am 25. Juni im Foyer der örtlichen Volkshochschule von den Autoren vorgestellt wurde.



Die Kreisvereinigung hat sich schon in der Vergangenheit einen Namen mit ihren Forschungsarbeiten über die Geschichte Lüneburgs im »Dritten Reich« gemacht und aufgedeckt, was in den Geschichtsbüchern nach 1945 verschwiegen und verdrängt wird. Dieses düstere Kapitel der Salz- und Hansestadt sollte offensichtlich keinen Schatten auf die teilweise gut erhaltene Fachwerkstadt werfen.

Es sind nicht unbedingt Neuigkeiten, die die Autoren gefunden haben. Das Neue ist die Kompaktheit, in der das Thema bearbeitet worden ist.

Die 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg unterstand direkt dem Oberlandesgericht Celle und wurde auch als »Staatschutzkammer« bezeichnet. Wer allerdings seine Erfahrungen mit dieser Kammer hatte, konnte in den fünfziger und sechziger Jahren feststellen, dass diese Kammer eine politische Strafkammer war und treue Dienste im Kampf gegen den Kommunismus leistete.

Feststellungen der Richter und Staatsanwälte, dass die Angeklagten trotz erlittener Verfolgung in der Zeit des Faschismus an ihrer kommunistischen Gesinnung festgehalten hatten, waren gang und gäbe. Das galt dann auch noch strafverschärfend.

Lüneburger Urteile waren wesentlich schärfer als bei anderen Strafkammern, lediglich in Düsseldorf und Dortmund wurde ähnlich scharf geurteilt. Es gehört zur Geschichte der Bundesrepublik,

dass ähnliche Kammern bei den Oberlandesgerichten eingerichtet waren.

Lüneburg zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass an der 4. Strafkammer besonders viele Juristen tätig waren, die in der Zeit des Faschismus besonders verbrecherische Urteile fällten. Auffällig war auch, dass sich die belasteten NS-Richter gegenseitig »Peterscheine« ausstellten.

Die Autoren gingen auch der Frage nach, wie ein solches Klima in der politischen Strafjustiz zustande kommen konnte und machen aufmerksam auf die Verflechtungen der niedersächsischen Justizminister in das NS-System, nicht nur als Mitläufer, sondern als Täter.

Peter Asmussen und Thomas Sander bewiesen bei der Vorstellung der Broschüre kenntnisreich und versiert ihre sorgfältige Arbeit. Wir können auch gespannt sein auf den zweiten Teil der Arbeit, die Ende dieses Jahres erscheinen soll und über die Justizopfer spricht. Als Betroffener und Kenner der politischen Strafjustiz der fünfziger und sechziger Jahre sage ich ausdrücklich den Autoren und Freunden der VVN-BdA Dank und Anerkennung für ihre Arbeit.

Peter Dürrbeck

Erhältlich ist die Broschüre, die mit 83 Seiten schon ein Buch ist, bei der VVN-BdA Kreisvereinigung in ihrem Büro im Lüneburger Gewerkschaftshaus oder für 5,00 Euro unter vvn-bda-ig@web.de

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen. Redaktion: Michael Rose-Gille

Bad Nenndorf bleibt bunt:

Geteilter Widerstand – gemeinsamer Erfolg

Zum zehnten Mal seit 2006 haben Nazihorden nun Bad Nenndorf heimgesucht. Zwar ist historisch längst geklärt, dass das ehemalige britische Verhörzentrum im dortigen Winklerbad als Symbol für Besatzerwillkür nicht taugt, aber Geschichtsrevisionismus ist eben faktenimmun.

Erst waren es scheinbar nur einige versprengte Trupps, bald aber straff organisierte Horden mit einmal bis zu 900 Köpfen. Sie haben ihren »Trauermarsch« inzwischen bis 2030 versamlungsrechtlich angemeldet. Allerdings schrumpfte die Beteiligung seitdem fortwährend. Am 1. August dieses Jahres zählte man gerade noch 180 Nazis und Nazissen. Die Gründe dafür sind beispielhaft:

Die Bürgerinnen und Bürger Bad Nenndorfs wussten zunächst nicht, wie ihnen geschah. Sie schienen sich mehr um anreisende Antifaschisten zu sorgen als um den Aufmarsch der Nazis, dessen »ordnungsgemäßen« Ablauf ein entsprechendes Polizeiaufgebot sicherstellte. Auch die offizielle Politik schaute weg. »Aktiv wegschauen« nannte man das. Den Nazis würde dann, so wurde gesagt, die Lust an ihren Aufzügen von alleine vergehen.

In Bad Nenndorf erkannte man aber bald, dass dies angesichts des organisierten Auftretens und der faschistischen Agitation dieser Leute der falsche Weg wäre. Es entstand die Initiative »Bad Nenndorf ist bunt«, getragen von den verschiedenen örtlichen Vereinigungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften und überregional unterstützt besonders durch den DGB und auch die VVN-BdA. Jahr für Jahr entwickelte sich eine fantasie reiche »Begrüßungskultur« entlang der Route des »Trauermarsches« mit

buntem Schmuck und einer Party-meile in privaten Grundstücken. Als besondere Einlage gab es in diesem Jahr den »Spendenmarsch«: Für jede Minute Aufenthalt der Nazis gab es zehn Euro an das Projekt EXIT. Das wurde auf dem ganzen Weg zum Winklerbad vielfältig und großflächig plakatiert. Die Straße war entsprechend markiert.

Nach einem ökumenischen Gottesdienst und einer Kundgebung mit prominenten Rednern, die des Lobes voll waren über die Nenndorfer Widerstandskultur, zogen rund 700 Menschen in einem fröhlichen Zug durch die Stadt. Sie hatten zuvor mit großem Beifall die Meldung vernommen, dass wegen einer Blockade des Bahnhofs durch

200 Antifaschisten 80 Nazis unter Polizeigeleit sieben Kilometer zu Fuß zu ihrem Sammelpunkt wandern mussten. Dort allerdings wurde ihr »Recht« auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten mit dem üblichen Polizeiaufgebot und der gewohnten Härte durchgesetzt.

Bilanz: Der Schwund der Nazimobilisierung ist ebenso der beharrlichen und vielfältigen Initiative von »Bad Nenndorf ist bunt« wie auch den mutigen und oft riskanten Blockadeaktionen geschuldet. Wer, wie die Vertreter der Landesregierung, die einen lobt und die anderen unter Berufung auf das »Recht« abräumen lässt, muss sich fragen lassen, ob in Zeiten, wo Menschen die Notunterkünfte über dem Kopf angezündet werden, Parolen von »Überfremdung, Ausbeutung und Volkstod« und dem Ziel der Errichtung einer »auf Abstammung basierenden Gemeinschaft« noch der Meinungsfreiheit unterliegen. Sie konnte man auch diesmal wieder am Winklerbad hören.

Reinhold Weismann-Kieser



Bad Nenndorf: Rund 700 Antifaschistinnen und Antifaschisten stellten sich 180 Nazis entgegen. Foto: rwk



Demo gegen Neonazi-Treffen in Eschede Ein voller Erfolg

Die antifaschistische Demonstration am Samstag, den 20. Juni 2015 in Eschede, organisiert und angemeldet durch das Netzwerk »Südheide gegen Rechtsextremismus« und den DGB-Nord-Ost-Niedersachsen, war ein voller Erfolg.

Auch die VVN-BdA Niedersachsen nahm daran teil. Die Demonstration fand statt, um dem von verbrecherischer, faschistischer Ideologie geprägten Treiben auf dem Hof des Bauern Joachim Nahtz entschieden entgegenzutreten. Hier trifft sich die extreme Rechte seit 2007, um ihre braunen Traditionen, die bis zur Zeit des Nationalsozialismus zurückreichen, zu pflegen und wieder aufleben zu lassen. Der Hof des NPD-Mitgliedes Nahtz hat sich mittlerweile zu einem Ort entwickelt, wo Neofaschisten ihre Organisationsstrukturen festlegen und Aktionen für ganz Niedersachsen planen.

Die Demonstration der Antifaschistinnen und Antifaschisten stand unter dem Motto: »Menschenrechte universell und unteilbar – gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede«. Die farbenfrohe Auftaktkundgebung begann in diesem Jahr pünktlich um 13.00 Uhr und ließ uns alle schnell die Schafskälte sowie den Regen zwischendurch vergessen. Es hatten sich 50 Personen verschiedener antifaschistischer Gruppen, darunter auch viele afrikanische Flüchtlinge, versammelt. Der erste Redebeitrag wurde gehalten, die Antifas wurden mittlerweile gut bewacht. Die Ordnungshüter waren mit Fahrzeugen und Beamten vor Ort und beobachteten die antifaschistische Demonstration genau. Der Zug setzte sich in Bewegung, vom alten Marktplatz in Eschede hin zur Kreuzung Am Dornbusch/Zum Finkenberg, dort fand die eigentliche Kundgebung statt. Der Demonstrationzug kam allerdings nicht weiter als zwei Kilometer an den Hof Nahtz heran. Die Ordnungshüter hatten die Zufahrtswege weiträumig abgesperrt. Während der Kundgebung wurden verschiedene Redebeiträge gehalten, dazwischen gab es einen musikalischen Beitrag einer

Antifaschistin. Allen Beiträgen gemeinsam war der Bezug auf die gesellschaftspolitischen Verwerfungen, die Nischen hervorbringen, in denen faschistische Ideologie gedeihen kann. Angesprochen wurden die zunehmende Armut in Deutschland und Europa und die damit einhergehende soziale Spaltung der Gesellschaft, ein Bildungssystem, das immer noch von der sozialen Herkunft bestimmt wird, ein imperialistisches Denken und Handeln, einhergehend mit einem neuen Nationalismus und Militarismus in Deutschland, eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzt, mit dem erschütternden Ergebnis, dass das Mittelmeer zunehmend zu einem Massengrab afrikanischer Kriegsflüchtlinge wird. Während der ganzen antifaschistischen Kundgebung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Rechtsradikalen aus ca. 1.000 Meter Entfernung beobachtet.

Herbert Müller

Herbstliche Friedensaktionen in Nordrhein-Westfalen

Schützt den Frieden in Europa!



Bernhard Trautvetter gratuliert Paul Schnittker zu seinem 80. Geburtstag. Nach dem Feiern kommt viel Arbeit auf sie zu. Die Demonstration gegen die NATO-Konferenz in Essen am Samstag, 21. November und vorher die Friedensdemo nach Kalkar am 3. Oktober werden uns alle fordern. Der Essener Sprecher der Friedensbewegung und der Sprecher der VVN-BdA der Stadt rufen auf, der Kriegsvorbereitung der NATO auf dem Gebiet von NRW entschieden entgegenzutreten. Foto: Heinz W. Hammer

Nordrhein-Westfalen wird zu einem Zentrum der deutschen Kriegsvorbereitung. Dagegen macht der »Ostermarsch Rhein-Ruhr« schon im Herbst mobil. Die NATO-«Denkfabrik» Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) aus Kalkar hält im November ihre Jahrestagung in der Messe Essen ab. Das JAPCC erklärte letztes Jahr einen großen Krieg in Europa – also einen dritten Weltkrieg – für

möglich und fordert dafür einen »angemessenen Mix« aus sogenannten konventionellen und nuklearen »Kapazitäten«. Hier wird das nukleare Inferno in Europa bewusst in Kauf genommen. Die JAPCC-Konferenz 2015 will nun die Probleme im Zusammenhang damit thematisieren, dass die Öffentlichkeit zu wenig Unterstützung für Maßnahmen der NATO zeige, und dass »feindliche«

Kräfte wie die Friedensbewegung diese Vorbehalte schürten. Sie will auch besprechen, wie sie sich besser in sozialen Netzwerken und generell im Internet präsentieren kann.

Alarmierend ist auch: Die NATO-Leitzentrale in Kalkar unterstützt Manöver in der Ukraine, in denen auch Rechtsextreme geschult werden. Das Manöver Saber Guardian findet laut der Ukrainischen Nationalgarde mit ihrer Beteiligung statt. 2014 gab das rechtsextreme Bataillon Asow seine Eingliederung in die Nationalgarde bekannt.

Das Portal der Bundesluftwaffe berichtete bereits am 29. Januar 2013, dass die NATO-Luftleitzentrale Kalkar/Uedem am Niederrhein den Luftraum vom Atlantik bis weit nach Osteuropa für die NATO militärisch »sichert«. Mordwerkzeuge sind ständig in der Luft!

Diese genannten Fakten wären Grund genug für breiten Protest. Doch der NATO-Gastdozent Kamp schrieb kürzlich in seinem Text »Das atomare Element im Russland-Ukraine-Konflikt«, man müsse die »nukleare Abschreckung glaubwürdig« weiterentwickeln. Danach soll Kalkar/

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55,
42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto: Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Uedem auch noch Leitzentrale für den Atomkrieg sein, denn diese sogenannten Waffen werden durch den Luftraum ins Ziel gelenkt. Kalkar beherbergt unter anderem den 24-Stunden-Luft-Gefechtsstand.

Auf all das reagiert die Friedensbewegung mit zwei Schritten: Mit der Demonstration am 3. Oktober in Kalkar gegen Drohnen und Kriegsvorbereitung, für die Schließung der Kalkarer Kriegszentrale und für Abrüstung und Vertrauensbildung nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag zur Deutschen Einheit.

Am Wochenende 21./22. November werden dann in Essen anlässlich von JAPCC Friedensaktionen, darunter eine weitere große Demonstration gegen Kriegspropaganda und für friedliche Lösungen internationaler Konflikte, stattfinden.

Bernhard Trautvetter

Von Nazis vernichtet und heute vertrieben? **Solidarität mit Roma-Flüchtlingen!**

Ende Juli ging ein 50-tägiges Protestcamp von Flüchtlingen aus Syrien zu Ende. Sie hatten Tag und Nacht gegenüber dem Dortmunder Hauptbahnhof gelagert und 5.000 Unterschriften dafür gesammelt, dass sie sehr bald das Bleiberecht erhalten, nicht an den Ort ihrer Ankunft in Europa zurückverwiesen werden und schnell ihre Familien nachholen können.

Außer den Neonazis, die von Polizei und deutschen Antifaschisten abgewehrt wurden, haben Politik und große Teile der Öffentlichkeit das Camp sehr positiv aufgenommen. Man wolle die Anträge schnell bearbeiten – und zu 99 Prozent sei mit der Genehmigung des Verbleibs der Syrer zu rechnen.

Gut so! Gut so? In Dortmund tobte vor nicht allzu langer Zeit eine hässliche Kampagne gegen Roma aus Bulgarien. Die kamen als EU-Bürger völlig legal in die Stadt, wurden aber heftig zur Ab-

reise aufgefordert. Straßenstrich, Arbeiterstrich – das waren so die Vorwürfe gegen die Ärmsten der Armen. Kommen heute wiederum Roma nach Dortmund oder in andere Städte und kommen sie aus dem Westbalkan, so werden sie heftig abgewiesen. In Bayern werden gar Sonderlager für Flüchtlinge aus dem Balkan geschaffen, obwohl man weiß, dass ein Drittel von ihnen aus dem Kreis der Roma kommt, also eine Opfergruppe darstellen, die als »Zigeuner« hunderttausendfach von den deutschen Faschisten ermordet

wurden. Ihnen wird gesagt: Zu 99 Prozent bekommt ihr keine Aufenthaltserlaubnis – also weg mit euch. Die Verfolgten des Naziregimes und ihre Nachfolger haben die Ansprüche der Syrer unterstützt – aber sie möchten auch die gleichen Rechte für die Roma erkämpfen. Und für die gleichen Bleiberechte, wie sie die jüdischen Einreisenden haben. Sie sind hier willkommen, man sagt: Sie sind Opfer des Holocaust und wir haben eine besondere Verpflichtung ihnen gegenüber. Das ist richtig.

Die Vorsitzende der VVN-BdA Cornelia Kerth stellte daher fest: »Nachkommen von jüdischen Holocaust-Opfern aus der zerfallenden

Sowjetunion wurde wegen der Situation in den Nachfolgestaaten in den

**In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden im KZ Auschwitz-Birkenau 3.000 Roma ermordet. Daran erinnert jährlich ein Internationaler Gedenktag. In diesem Jahr verbindet sich das Gedenken mit der Forderung, das Abschieben von Roma, die aus Balkanstaaten geflüchtet sind, zu beenden und ihnen ein »dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen« zuzusprechen – für Roma ist der Balkan kein »sicheres Herkunftsland«!
Mit einer kleinen Aktion am Stein für die Sinti und Roma an der Ecke Weißenburger Straße/Cronastraße beteiligten sich Dortmunder Antifaschisten an den bundesweiten Gedenkveranstaltungen aus diesem Anlass.**

1990er-Jahren die Einreise und Niederlassung als Kontingent-Flüchtlinge erlaubt. Warum kann nicht für die Roma aus den ex-jugoslawischen Staaten eine entsprechende Regelung geschaffen werden? Die historische Verpflichtung ist die gleiche.« Solidarität mit den Sinti

und Roma bekunden wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit. So bei dem noch bis zum 12. September stattfindenden Roma-Festival »Djelem Djelem« in der Dortmunder Nordstadt. Informationen unter www.bodoev.de **U.S.**

Ein starkes Zeichen im Düsseldorfer Volksgarten

Rock gegen rechts

Die Ballonwiese im Düsseldorfer Volksgarten wurde zur Aktionsbühne. Rund um die Wiese gab es viele Infostände verschiedener antifaschistischer und antirassistischer Initiativen und Organisationen und Verpflegungsstände, auf der Wiese ausgelassene Stimmung.

Bereits zum dritten Mal wurde in der Landeshauptstadt Nordrhein Westfalens das Festival »Rock gegen rechts« veranstaltet. Soziale und antifaschistische Initiativen setzten ein Zeichen gegen Neofaschismus und rassistische Hetze.

»Rock gegen rechts« lockte viele Besucher in den Park, und die Bands gaben alles. Besucher saßen im Gras und genossen die Stimmung oder standen gleich vor der Bühne und spürten die Bässe.

Den Auftakt machten die Newcomer Conyo, die spontan noch von KopfEcho unterstützt wurden. Die Umbaupausen wurden genutzt und zum Protest gegen die »Repu-

blikaner« aufgefordert, die sich im Düsseldorfer Stadtteil Garath für den 8. August angekündigt hatten. Nach Conyo waren noch die Kaput Krauts, 100Blumen und The Porters auf der Bühne. Die Wiese füllte sich immer mehr, die Stimmung war prächtig, das Wetter »genial«, sagten die Gäste. Neben der Musik gab es viele Gespräche, Informationen und Diskussionen. Die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«, die die VVN-BdA gemeinsam mit den »Falken« präsentierte, bot einen Einblick in die historische und aktuelle Situation von Faschismus in Deutschland, der heute oft in Nadelstreifen daher kommt. **R./M.**

Prozessserie in Düsseldorf

Abendlandretter als Straftäter

Düsseldorf. Am 1. Oktober beginnt in Düsseldorf die juristische Aufarbeitung der »Dügida«-Demonstrationen. Den »Kämpfern gegen die Islamisierung des Abendlandes«, die ausgerechnet gegen die Opfer von Islamisten angehen, wenn diese nach Deutschland kommen, werden insgesamt 91 Straftaten zur Last gelegt. So wurde einem 26-Jährigen ein Strafbefehl in Höhe von 1.500 Euro zugesandt, weil er mit Handschuhen, die mit Quarzsand gefüllt waren, bewaffnet war. Da er das Strafgeld nicht akzeptiert, kommt es nun auch in seinem Fall zum Prozess. Demo-Anmelderin Melanie Dittmer, gegen die ebenfalls strafrechtlich ermittelt wurde, will vor dem Verwaltungsgericht feststellen lassen, dass es rechtswidrig gewesen

sei, dass die Erklärung »Licht aus! Düsseldorf setzt ein Zeichen gegen Intoleranz« auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht und die Beleuchtung an öffentlichen Gebäuden abgeschaltet wurde. Nachdem Dittmer zum Jahresbeginn in einem Eilverfahren vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht Recht bekommen hatte, änderte das Oberverwaltungsgericht Münster diesen Beschluss und lehnte Dittmers Antrag ab. Strafanzeigen gab es auch bei einer Demonstration der »Republikaner« gegen die Unterbringung von Flüchtlingen am 8. August im Düsseldorfer Stadtteil Garath. Fünf Personen hatten den Hitler-Gruß gezeigt, eine weitere hatte einen Polizisten massiv beleidigt. **(hma)**



»Rock gegen rechts« am 1. August 2015 im Düsseldorfer Volksgarten: Eine wunderbare Stimmung und mittendrin die VVN-BdA-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«. Foto: Renate

Antifaschistische Stadtrundfahrt in Mülheim Erinnerung an Täter und Opfer

Die Mülheimer VVN-BdA lud im Gedenken an die Befreiung vom Faschismus zu einer antifaschistischen Stadtrundfahrt besonders für Gewerkschafter ein. Sie war nicht zuletzt dem Thema »Zwangsarbeit während der Zeit des Nazi-Regimes« gewidmet.

Helmut Hermann lieferte, quasi als »Reiseleiter«, vielfältige Erklärungen zu jeder Station der Stadtrundfahrt. Wir fuhren an einigen Standorten ehemaliger Zwangsarbeiterlager, an Wohnungen verstorbener oder ermordeter antifaschistischer Widerstandskämpfer und -kämpferinnen sowie an Wirtschaftsführer-Villen von NSDAP-unterstützenden »Schlotbaronen« wie Kirdorf, Stinnes und Thyssen vorbei.

Helmut Hermann informierte über die Verstrickungen Mülheimer industrieller Wirtschaftsführer in die Umtriebe und Verbrechen des Nazi-Regimes. Hierzu gehörte auch Dr. Werner Best, der »nach 1940 Leiter der Verwaltungsabteilung im Stab des Oberbefehlshabers des Heeres im besetzten Frankreich war und dort an der Organisation von Erschießungen französischer Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen beteiligt«. Ab 1942 bis zum Ende des Nazi-Regimes war er »Reichsstatthalter im besetzten Dänemark« und in sogenannte »Gegentermassnahmen gegen dänische Bürgerinnen und Bürger involviert« (zitiert aus »1933 bis 1945 – Widerstand und

Verfolgung in Mülheim an der Ruhr«, Veröffentlichung der VVN-BdA Mülheim/Ruhr). Dr. Best wohnte nach der Zeit des Nazi-Regimes in Mülheim an der Mendener Straße. Helmut Hermann erläuterte an diesem Beispiel die hohe personelle Kontinuität zwischen der Zeit des Nazi-Regimes und der »Adenauer-Ära«.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Stadtrundfahrt gedachten auf dem Alten Friedhof mit dem Niederlegen von roten Nelken der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in sehr überwiegendem Anteil aus osteuropäischen Staaten von der Straße verschleppt und in Güterwagen nach Mülheim transportiert wurden, um unbezahlt, unterernährt und unzureichend gekleidet für die deutsche Kriegswirtschaft zu arbeiten und somit unabdingbar für das »Wirtschaftswunder« der fünfziger Jahre zu werden. An den Grabsteinen kann man ablesen, dass diese vorwiegend weiblichen Arbeitskräfte oft kaum älter als zwanzig Jahre waren, als sie aus den osteuropäischen Staaten nach Mülheim an der Ruhr verschleppt wurden. **Andreas Marquardt**

Liebe Leserinnen und Leser, in der Zeitung der VVN-BdA »antifa« wurden im Juli/August viele wunderbare Bilder und Berichte von den 8.-Mai-Befreiungsaktivitäten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in NRW gebracht. Aber einige Städte kamen zu kurz in der Berichterstattung. Und dann wurden noch Fotos aus Dortmund zum Bericht aus Hattingen gestellt. Das tut der Redaktion leid. Und wir versuchen, die Lücke zu füllen, indem wir auf dieser Website: www.nrw.vvn-bda.de möglichst viele Berichte nachtragen.

Aus einer Erklärung des Sprecherrates der VVN-BdA Sachsen

Solidarität mit Flüchtlingen!

Viele unserer Kameraden fanden in der Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland Zuflucht und Schutz in benachbarten Ländern, wie der Tschechoslowakei, Frankreich oder Schweden. Sie berichteten immer wieder von der Hilfsbereitschaft und Solidarität der Einwohner dieser Länder ihnen gegenüber.

Wir verurteilen auf das Schärfste die Aktionen, die sich gegen die Gewährung des Asylrechtes und somit gegen ein im Grundgesetz verbrieftes Recht wenden. Diese sind aus unserer Sicht auch nicht durch das Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt. Sie sind menschenfeindliche Hetze, Völkerverhetzung, Aufstachelung zur Gewalt. Wir lehnen die Einteilung der Flüchtlinge in »nützliche« und »unnütze« ab. Wir erwarten von der sächsischen Staatsregierung

und den staatlichen Institutionen eine rasche, unbürokratische und wirksame Hilfe und Unterstützung für alle Asylbewerber.

Von Justiz und Polizei des Freistaates fordern wir konsequentes Vorgehen gegen jene, die sich vor Unterkünften von Flüchtlingen zusammenschließen, diese beschimpfen und beleidigen und in Angst und Schrecken versetzen – selbst vor Gewalttaten und tätlichen Angriffen nicht zurückschrecken. Unsere Soli-

darität, Hilfe und Unterstützung gilt denen, die in unserem Land Zuflucht vor Not, Verfolgung und Krieg suchen. Wir danken allen Bürgern, die sich trotz Anfeindungen und Ablehnung für die Flüchtlinge einsetzen, ihnen mit Spenden, mit Rat und Tat helfen. Sie möchten wir ermutigen, mit diesem guten, menschlichen, wahrhaft christlichen Tun fortzufahren und weitere Menschen zum Mittun zu ermuntern. Unsere Mitglieder und Sympathisanten rufen wir auf, sich einzureihen und den Menschen in Not auf vielfältige Weise zur Seite zu stehen.



Regina Schulz, Mitglied des Landesvorstandes der VVN-BdA Sachsen, während der 11. Landesdelegiertenkonferenz im Frühjahr 2013. Regina ist auch Mitglied des Kreistages in Bautzen. Foto: Peter Giersich

»Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«

Mit diesem Slogan wuchs ich auf – und ich finde ihn heute erst recht wichtig für mein Denken und Handeln. Trägt doch die politische Weltlage keineswegs zu einer annähernd gleichwertigen Entwicklung der Lebensbedingungen der Menschen in der Welt bei. Warum Menschen ihre Heimat und ihre Familie hinter sich lassen müssen – für diese Ursachen

gibt es keinen gesellschaftlichen Richter. Allerdings gibt es hier Missgunst, Selbstsucht, Fremdenfeindlichkeit, Verachtung und Hass. Dem etwas Humanistisches entgegenzusetzen und den geplagten Menschen ihre im deutschen Grundgesetz verbrieften Rechte auf die Akzeptanz und Achtung ihrer Menschenwürde zu ermöglichen, haben sich zum Glück überall Aktivisten zusammengefunden. Eine von vielen bin ich auch – seit Jahren vor Ort in tätiger und konkreter Hilfe aktiv für Menschen aus vielerlei Ländern, für Familien mit Kindern, die Schreckliches erleben mussten und hier Geborgenheit suchen.

Bündnisse versuchen, Einfluss auf die Art der Unterbringung und der Betreuung zu nehmen, suchen trotz rechtlicher Hemmnisse nach Möglichkeiten zur Integration, leisten bei dezentraler Unterbringung Sozialarbeit und Familienbetreuung, organisieren ehrenamtliche Sprachkurse, Ämterbegleitung... Wichtig sind Kontakterleichterungen zum Lebensumfeld, die Einbeziehung in gesellige Treffen in der kommunalen Gesellschaft z. B. bei Festen, die Einbeziehung in Vereinsarbeit oder das Anbieten von Nachhilfeunterricht für die Schulkinder dieser Familien.

Regina Schulz, Kamenz

Zweitägige Veranstaltung zu deutscher Vergangenheit und Zukunft

Der »Sachsenburger Dialog« 2015

Sachsenburg bei Frankenberg war ein frühes Konzentrationslager in Sachsen. Seit sechs Jahren führt die Lagergemeinschaft Sachsenburg jährlich ein Treffen mit Zeitzeugen, Hinterbliebenen, Historikern und Antifaschisten durch.

Der »Sachsenburger Dialog« begann mit einem Vortrag von Dr. Michael Düsing, Freiberg, zum Thema »Judenverfolgung in Freiberg 1933-1945«. Mehr als 50 Teilnehmer verfolgten aufmerksam den Vortrag, den der Referent mit historischen Fotos hinterlegte. Im Mittelpunkt der Ausführungen standen die Forschungsergebnisse der Geschichtswerkstatt Freiberg zum Außenlager des KZ Flossenbürg in Freiberg. Die Nazis richteten in einer ehemaligen Porzellanfabrik die Produktion für Bombenflugzeugteile ein. Die Tarnbezeichnung lautete »Freia GmbH«. Am Stadtrand begannen Zwangsarbeiter 1944, ein Barackenlager zu errichten. Ab August 1944 kamen 1.000 jüdische Frauen, die Sklavenarbeit unter schweren Bedingungen im Betrieb verrichteten. Am 18. April 1945 wurden die Frauen in offene Güterwagen gepfercht und auf Todesfahrt geschickt. Dr. Düsing hat Zeitzeugen aufgesucht und die Erlebnisse und Leiden der Frauen aufgezeichnet.

Nachmittags stellte der Sozialarbeiter Michael Ankele das Projekt »Ausstieg gegen Einstieg – Raus aus der Neonazi-Szene, aber wie?« vor.



Juliane Nagel, Mitglied des Sächsischen Landtages, Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik der Linksfaktion, auf der Gedenkkundgebung in Sachsenburg. Foto: Wolfram Fischer

Dazu hatte er einen jugendlichen Aussteiger mitgebracht, der aus eigener Erfahrung berichtete. Für die meisten der Zuhörer war dies der erste direkte Kontakt mit einem ehemaligen Neonazi. Sie wurden erstmals mit seiner Gedankenwelt und seinen persönlichen Problemen, die ihn bereits mit 15 Jahren in die

rechte Ecke führten, und dem neofaschistischen Milieu konfrontiert. Herr Ankele ist bereits seit zwölf Jahren tätig, um Neonazis aus der Szene herauszuholen. Er trat mit seinen jugendlichen Aussteigern schon in Schulen auf und stellte den Kontakt zu Migranten her.

Der zweite Tag begann mit Rundgängen über das Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg. Wir konnten wieder zahlreiche Besucher begrüßen – mehr als in den Jahren davor. Am Nachmittag fand die Gedenkveranstaltung anlässlich des 82. Jahrestages des ersten Lagerappells statt. Besonders bewegend waren die beiden Gedichte unserer Kameradin Sieglinde Helmsdorf, vorgetragen von Abiturientinnen aus Leipzig, die ihre Projekttage in Sachsenburg absolvierten.

Hannelore Wagner/Rainer Ritscher, Chemnitz

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehleener

Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 **E-Mail:** vvn-bda-sachsen@t-online.de oder

vvn-vogtland@t-online.de

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02